Nr. 34. Mittwoch, den 10. Februar 1886. III. Jahrg.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pfg. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

„Das Wesen des Unternehmergewinnes“

So lautete das Thema, welches den „Verein für Volkswohl“ zu Leipzig an einem seiner letzten Diskussionsabende beschäftigte. Ein Zeitungsbericht sagt darüber:

Das Wesen des Unternehmergewinnes, welcher sich als Lohn für eine besonders geartete, nicht selten mit großer Verantwortung und Sorge verbundene Arbeit darstellt, fand ebenfalls eingehende Besprechung; es wurde darauf hingewiesen, daß man bei Beurtheilung der Höhe desselben die vielen mißglückten Unternehmungen nicht außer Acht lassen darf und daß, wenn in einem Geschäftszweige der Gewinn besonders hoch ist, die Konkurrenz in der Regel bald dafür sorgt, ihn auf das gewöhnliche Maß herabzudrücken.

Als wir das lasen, haben wir kaum unseren Augen getraut. Das „Wesen des Unternehmergewinnes“ so zu behandeln, in der behaupteten Absicht, damit das „Volkswohl“ zu fördern, das zeigt von einer geradezu unerhörten Gedankenlosigkeit, von einer totalen Unkenntniß des Stoffes, wie sie aber nur solchen Leuten eigen sein kann, die im blöden papageiartigen Nachplappern der verlehrten, schiefen und falschen Lehrsätze der Bourgeois-Oekonomie den höchsten Grad „volkswirthschaftlicher Bildung“ sehen.

Wenn Herr Schulze-Delitzsch vor 25 Jahren noch, auf alle diese Lehrsätze schwörend und dieselben nach seiner Art „weiter entwickelnd“, die kuriose Weisheit auskramte: „Das Kapital sei in allen Fällen das unmittelbare Ergebniß des Sparens; es entstehe nur, wenn Jemand nicht seinen ganzen Arbeits-Ertrag zu unproduktiven Ausgaben verwende, sondern einen Theil davon zurücklege“ — so war das in Rücksicht auf den Umstand, daß die national-ökonomische Wissenschaft damals bei uns noch in den Kinderschuhen steckte, zu verzeihen. Wenn aber heute, nachdem diese Wissenschaft — in erster Linie Dank dem Wirken Lassalles — so bedeutende Verbreitung gefunden hat, Jemand als Frucht seiner national-ökonomischen „Studien“ die Behauptung aufstellt: „Das Wesen des Unternehmergewinnes stellt sich als Lohn für besonders geartete Arbeit dar,“ — so verdiente er, öffentlich der Lächerlichkeit preisgegeben zu werden.

Das ganze Geheimniß der Produktivität des Kapitals — und damit auch das Geheimniß des Wesens des Unternehmergewinns — erklärt sich nämlich einfach und allein aus der Unproduktivität der Arbeit für den Arbeiter selbst. Das Kapital und insbesondere der als „Unternehmergewinn“ bezeichnete Theil desselben, bildet sich nicht durch „Sparen“ und auch nicht durch „individuelle Arbeit“, sondern durch die von der Theilung der Arbeit, von der Organisation der Arbeit Vieler zu Gunsten Einzelner bestimmten und beherrschten gesellschaftlichen Zusammenhänge. Die Arbeit allein schafft Werthe und die Theilung der Arbeit steigert diese Werthe bis ins Unendliche, jedoch ohne daß dem Arbeiter mehr davon zu Gute kommt, als er für seinen Unterhalt nothwendig gebraucht. Den Ueberschuß vom Ertrage seiner Arbeit muß er dem Unternehmer lassen, d. h. demjenigen, der die Mittel zur Produktion besitzt und dem er seine Arbeitskraft wie eine Waare nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage verkaufen muß. Das Arbeitsinstrument, das Kapital, ist also in seiner Trennung vom Arbeiter selbstständig geworden, hat alle Produktivität der Arbeit an sich gerissen und die Arbeit auf den Ersatz dessen, was während der Arbeit nothwendig an Lebenskraft verzehrt worden ist, beschränkt, sie also für sich unproduktiv gemacht und sich selbst, das todte Arbeitsinstrument, zum lebendigen Zeugungsorgan entwickelt. Darin, wie gesagt, steckt das ganze Geheimniß.

Man versuche doch nicht, den Arbeitern vorzureden, der auf das Kapital entfallende Profit — der „Unternehmergewinn“ oder die „Risikoprämie“ — sei die Vergütung der geistigen, — der „besonders gearteten, nicht selten mit großer Verantwortung und Sorge verbundenen Arbeit — der Unternehmer. Schon Lassalle hat schlagend nachgewiesen, daß nur ein verhältnißmäßig überaus geringer Theil des Unternehmer-Einkommens das in der Nation erhoben wird, als solches Arbeitslohn der Unternehmer für ihre geistige, „besonders geartete“ Leistung zu betrachten ist, und daß dieser Theil eigentlich niemals sich in demjenigen begreift, was „Kapitalprofit“ genannt wird. Selbst hervorragende Bourgeois-Oekonomen, wie Rebenius, Herrmann, Riedel, Baer u. s. w. haben das oft genug angegeben. Andere, insbesondere englische Oekonomen, behandeln den Unternehmergewinn immer nur als Kapitalprämie, und legen auf denjenigen Theil des Unternehmergewinns, der für geistige, bezw. „besonders geartete“ Arbeit als Lohn gelten kann, seiner Geringfügigkeit wegen gar kein Gewicht. Erst von der sogenannten „humanen“ Richtung der französischen Oekonomen, Say an der Spitze, stammt die große ökonomische Lüge: der Unternehmergewinn sei der Lohn für geistige oder „besonders geartete“ Arbeit.

Will man sehen, einen wie erstaunlich geringen Theil des Unternehmereinkommens der Lohn für solche Arbeit ausmacht, so braucht man ja nur in der Geschäftswelt sich umzuschauen. Wie viele Gutsbesitzer giebt es nicht, die ihre Güterkomplexe durch Rentmeister, wie viele große Fabrikanten und Handelsherren, die ihre Geschäfte durch Geschäftsführer, Betriebsdirektoren 2c. verwalten lassen, während sie selbst in Italien oder sonst einer herrlichen Gegend der Erde ein genußreiches, aber völlig unproduktives Leben führen, sich des „Unternehmergewinnes“ freuend. Das verhältnißmäßig zu dem Gewinn dieser Unternehmer so geringe Gehalt ihrer Geschäftsführer ist natürlich Alles, was sich jene Herren für ihre eigene Thätigkeit berechnen könnten, wenn sie das Geschäft selbst führten.

Besonders auffallend tritt dieses Verhältniß bei den großen Aktienunternehmungen der modernen Zeit zu Tage. Der in einer Vielheit von Personen bestehende Kapitalist oder Unternehmer kann eben um dieser Vielheit willen das Geschäft nicht selbst leiten; er bestellt dazu einen Direktor. Ist der Unternehmergewinn nun aber wirklich die Vergütung geistiger, besonders gearteter Arbeit, wo kommen dann die Dividenden her, die den Aktionären nach Abzug der Betriebskosten als „Unternehmergewinn“ gezahlt werden? Wer will es unternehmen, diesen Gewinn auf die Persönlichkeit der Unternehmer zurückzuführen, — die Unternehmer, die zumeist von der Technik des Betriebes keine Ahnung haben und keinen Finger zur produktiven Arbeit im Betriebe rühren?

Das Risiko des Unternehmers, welches aus der Konkurrenz der Unternehmer unter einander resultirt, gilt nach den Lehrsätzen der liberalen Oekonomie ja nun allerdings als eine der entscheidensten Rechtfertigungsgründe für die gegenwärtig herrschende Vertheilungsweise des Arbeitsertrages zwischen Unternehmer und Arbeiter. Aber dieser „Rechtfertigungs“-Grund ist unhaltbar. Denn die Frage: wie viel von dem jährlich auf den Unternehmer-Stand fallenden Kapitalprofit ein bestimmter Unternehmer A. gegenüber dem Unternehmer B. erhält, haben die Unternehmer im Konkurrenzkampfe unter einander selbst zu entscheiden. Aber dieser Entscheid ist auf die auf den gesammten Unternehmer-Stand fallende Quote des Kapitalprofits selbst ganz ohne Einfluß; dieser Profit wächst, nur mit den Unterschiede, daß ihn heute Hans und morgen Kunz genießt. Den größten Theil des industriellen Risikos trägt aber erwiesenermaßen der Arbeiter selbst; er lernt an seinem eignen Leibe das vielgerühmte Risiko des Unternehmers während der Hungerleiderei der Krisen kennen. —

Von diesen Gesichtspunkten aus ist die Frage des Unternehmergewinns und des Unternehmerrisikos, womit man jenen rechtfertigen will, zu prüfen. Jeder andere Gesichtspunkt, und wäre er zehnmal von der liberalen Oeko-

---

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart
von
Gustav Löffel.

6]

Sie hatte keine Zeit mehr, den Schlüssel herauszuziehen aber auch nur einen Riegel vor die Pforte zu schieben. Im Schlosse waren ja Leute, und bis an jenes würde der Unbekannte sich gewiß nicht heranwagen!

Aber auch in dieser Zuversicht fand sich Erna getäuscht. Die Schritte eilten ihr nach, den ganzen Gartenweg herauf, und auf einmal schien es ihr, als wenn sie sich verdreifacht hätten.

Sie wagte nicht sich umzublicken, denn noch gebot ihr Niemand Stillstand, noch hörte sie überhaupt eine Stimme. Und eben das Gespenstische dieser Verfolgung war es, was ihre Angst vermehrte.

Sie flog eine der gewundenen Treppen hinan und hörte auf der obersten Stufe die Tritte ihrer Verfolger auf der untersten.

Nun stieß sie einen markerschütternden Angst- und Hilferschrei aus, denn sie wußte ja nicht, ob jetzt, bei angebrochener Dunkelheit, die große, auf die Estrade mündende Glasthür noch unverschlossen sein würde.

Sie war es! Erna fand auch hier keine Zeit mehr, die Thür hinter sich zu verriegeln. Ihre Verfolger waren ihr dicht auf den Fersen.

Sie eilte noch einmal, laut um Hilfe rufend, durch die nur matt erleuchtete große Vorhalle einer Thür zu, welche in demselben Augenblicke von innen aufgestoßen wurde.

Ein breiter Lichtstrahl fiel auf die Steinfließen der Halle und überschüttete zunächst die Gestalt der schönen Flüchtigen.

Erna, bleich wie der Tod, mit aufgelöstem Haar und an allen Gliedern bebend, stürmte ins Zimmer.

In diesem befand sich zur Zeit nur eine ältere Dame, eine hoheitsvolle, gebietende Erscheinung, deren verblühtes Antlitz noch jetzt die Spuren einstiger großer Schönheit zeigte. Sie war nicht minder erregt als das verfolgte junge Mädchen.

„Um Gotteswillen, Erna, Kind — was giebt's?“ rief sie in höchster Bestürzung.

Erna warf sich ihr in die schützend vorgestreckten Arme. Sie vermochte keine Antwort zu geben. Dieselbe war auch überflüssig, denn fast zugleich mit ihr waren drei Männer ins Zimmer gedrungen, welche jetzt in entschlossener Haltung an der noch offenen Thür verharrten.

Von Ernas Hilferufen angelockt, kamen soeben durch eine andere Thür die Bediensteten des Hauses herein, unter ihnen vier Männer, nämlich der Kastellan, der Gärtner, der Kutscher und ein Diener, welche auch sofort Miene machten, sich auf die Eindringlinge zu stürzen.

Diese aber bewahrten ihre eiserne Ruhe.

„Im Namen des Gesetzes halt!“ sprach der mittlere und vornehmste von ihnen, seinen Arm gegen die Anstürmenden erhebend. Diese prallten zurück und blickten entsetzt auf den Sprecher.

Den Augenblick benützte derselbe, um sich mit einer höflichen Verbeugung an die Beschützerin Erna's zu wenden.

„Die Schloßherrin vermuthlich!“ sagte er mit dem Anstand eines Mannes, der die gesellschaftlichen Ungangsformen kennt.

„Ich bin die Baronin von Selchow!“ entgegnete die Dame stolz.

Der Herr verneigte sich.

„Und ich bin der Polizeikommissär Romberg“, sagte er. „Hier meine Legitimation! Meine beiden Begleiter sind Kriminalbeamte. Sie müssen die Art unseres Eindringens hier schon mit der Besonderheit des vorliegenden Falles entschuldigen. Dieser nöthigt uns, jede persönliche Rücksicht bei Seite zu setzen.“

„So scheint es,“ entgegnete die Baronin mit kaltem Hohn. „Ich wüßte sonst keine Entschuldigung für Ihre Verfolgung Erna's und den Schrecken, welchen Sie mir selbst verursachten. Um welchen besonderen Fall handelt es sich denn, der Sie zu solchen Ausschreitungen berechtigt?“

„Ausschreitungen?“ widerholte der Kommissär. „Die fallen uns hier nicht zur Last. Wir überschreiten überhaupt niemals die Grenze unserer Befugnisse.“

Die Baronin warf dem Sprecher einen unwilligen Blick zu. „Das sind Ansichten,“ sagte sie. „Nun aber kurz, mein Herr, um was handelt es sich und womit kann ich Ihnen dienen?“ — Sie fragte das hochaufgerichtet und von oben herab. Sie gab sich gar keine Mühe, die Mißachtung zu verbergen, die sie für die Eindringlinge hegte.

Der Kommissär nahm dem entsprechend noch eine schroffere Haltung an.

„Ich bin genöthigt, eine Haussuchung bei Ihnen vorzunehmen,“ sagte er kurz.

Die Baronin wurde bleich bis in die Lippen. Ihr Blick streifte die anwesenden Diener, und gleich darauf ergoß sich die Röthe der Scham auf ihren blassen Wangen.

„Eine Haussuchung — bei mir?“ fragte sie, als wenn sie ihren Ohren nicht trauen dürfte. „Wie soll ich das verstehen?“

„Wie es gesagt ist,“ entgegnete der Beamte. „Ich denke doch, daß man nicht deutlicher sein kann.“

„Allerdings,“ sprach die Dame bitter. „Dennoch sind Ihre Worte mir und uns Allen hier ein Räthsel.“

„Auch Ihnen, Fräulein Eschenbach?“ fragte Romberg sarkastisch.

Bei Nennung ihres Namens tauschten Erna und die Barorin einen raschen Blick; eine Antwort auf die Frage des Beamten gab Erna nicht und dieser schien auch keine solche zu erwarten.

Die Dienerschaft schien jetzt von wildem Schrecken erfaßt; ein jeder ging mit sich sein heimliches Sündenregister durch, sich fragend, ob man ihn wohl suchen könne.

„Darf ich auf Ihr Entgegenkommen rechnen?“ wandte sich der Kommissär fragend an die Baronin.

„Ich füge mich der Gewalt,“ erwiderte diese stolz. „Thun Sie, was Ihres Amtes ist. Nur, wenn es Ihnen möglich, verschonen Sie uns bis morgen Früh. Einige Zimmer stehen zu Ihrer Verfügung.“

nomie anerkannt, ist ein grundverkehrter. Bedauerlich ist nur, daß solche Verkehrtheiten noch immerfort geglaubt und verbreitet werden.

Politische Uebersicht.

Als „Patrimonium der Enterbten" wurde seiner Zeit das Tabaksmonopol vom Professor Dr. Wagner proklamirt. Dr. Wagner berief sich dabei auf Aeußerungen des Reichskanzlers, der die Ueberschüsse aus dem Tabaksmonopol der Altersversorgung zuwenden wollte. Als der Monopolentwurf dem Reichstag dann zuging, war von solcher Verwendung in dem Entwurf so wenig, als in den Motiven die Rede. Man hielt nun die Proklamation des Prof. Wagner für seine eigene Meinung und die Berufung desselben auf den Fürsten Bismarck für ein Phantasiebild. Prof. Wagner mußte deshalb viel Spott und Hohn ertragen. Nunmehr hat derselbe aber in der Versammlung der Christlich-Sozialen den 4. Oktober 1881 datirten *Brief des Grafen Herbert Bismarck* verlesen, wonach es „die persönliche Idee" des Reichskanzlers wäre, den Ueberschuß des Tabaksmonopols über die bisherige Tabakssteuer für die Zwecke der Altersversorgung niederzulegen." — Also doch! Der Brief des Grafen Bismarck war vor den Reichstagswahlen an den Prof. Wagner geschickt worden; das Tabakmonopolgesetz wurde natürlich *nach* den Wahlen im Reichstag eingebracht. — Dennoch hat Prof. Wagner nicht geschwindelt.

Professor Gneist und das Sozialistengesetz. Die „Freis. Ztg." erinnert zu rechter Zeit daran, daß Herr Gneist am 11. Oktober des vorigen Jahres „in seinem Wahlkreise Kreuznach" über das Sozialistengesetz unter Anderem folgendes geäußert habe: „Für Ausnahmegesetze gegen die sozialdemokratische Presse scheint mir *der Zeitpunkt der Aufhebung* gekommen. Man darf solche Ausnahmegesetze *nicht versumpfen* lassen, weil sie auf die Dauer die gesellschaftliche und geistige Entwickelung der Nation hemmen. Es müßte schlimm mit unserer Presse stehen, wenn sie nicht im Stande wäre, den Streit über die sozialistischen Theorien in sich selbst auszufechten. — Dazu macht das deutschfreisinnige Blatt folgende Bemerkung: „Professor Gneist wird sich jetzt nun wohl eine Formel ausdenken, um trotz dieser Erklärung demnächst für die Verlängerung des unveränderten Sozialistengesetzes zu stimmen. — Darin irrt die „Freis. Ztg.". Professor Gneist ist gar kein Reichstagsabgeordneter und braucht sich deshalb seinen Kopf nicht darüber zu zerbrechen, wie er stimmen soll. Wir aber glauben, daß, wenn Professor Gneist Reichstagsmitglied wäre, er jene Aeußerung gar nicht gemacht hätte. Sie wäre für ihn dann doch recht unangenehm gewesen; seine nationalliberalen Freunde werden sich weiter nicht darum kümmern, was ihr Parteigenosse einmal gesagt hat — er hat ja schon so Vieles und so Vielerlei geplaudert.

Zur Monopolfrage. Der Reichstags-Abgeordnete *Singer* hat in seiner Rede gegen das Schnapsmonopol, die er in Berlin in einer Volksversammlung gehalten hat, mit Recht darauf hingewiesen, daß die Staatsarbeiter durchaus nicht besser, oft sogar noch schlechter daran seien, als die anderen Industriearbeiter. Gehen wir z. B. nach *Oesterreich*, wo wir das *Tabakmonopol* haben! In dem Zeitraum von 1873—1882 stieg das Quantum des verarbeiteten Tabaks um 27 pCt., die Zahl der Arbeiter blos um 4 pCt., die Ausgaben sanken um 14½ pCt., der Ueberschuß stieg um 35¼ pCt., also um mehr als ein Drittel, ein Beweis dafür, daß die moderne Technik auch im heutigen *Staats*betrieb dieselben Wirkungen erzielt, wie ein privatwirthschaftlicher Betrieb. Wie die Lebenshaltung der Monopolarbeiter beschaffen ist, beweist die Thatsache, daß im Jahre 1882 nicht weniger als 52,4 pCt. der Mitglieder der Krankenkassen in den staatlichen Tabakfabriken erkranken; die Krankheitsdauer betrug im Durchschnitt 15 Tage. Die Sterblichkeit belief sich 1882 auf 1,5 pCt., 1881 auf 1,6 pCt. So lange der Staat privatkapitalistisch produzirt, werden solche Mißstände floriren. Darum fort mit dem Monopol!

Eine weitere sozialdemokratische Anregung im Reichstage. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags die *Aufhebung des Dynamitgesetzes* beantragt. Zuerst war die Presse der übrigen Parteien völlig verdutzt über den Antrag; steckte in demselben am Ende ein geheimnißvoller Vertrag zwischen den Sozialdemokraten und den Anarchisten? Doch bald schon zerstreuten sich derartige „Besorgnisse" und man überzeugte sich, daß der verbrecherische Gebrauch von Dynamit längst durch unser Strafgesetz geahndet wird, während der unerlaubte Besitz durch das neue Gesetz in viel zu harter Weise bestraft wird. Auch ist das Gesetz noch gar nicht wegen verbrecherischen Gebrauchs von Sprengstoffen in Anwendung gekommen, während dasselbe schon viele harmlose Leute, die von dem Gesetz keine Ahnung hatten, wegen unerlaubten Besitzes von Dynamit in härtester Weise betroffen hat. Das letztere genirt jetzt auch schon andere Parteien, welche dem Gesetz freudigen Muthes zugestimmt haben; besonders ist es für die Juristen unangenehm, daß sie als Minimalstrafe bei Vergehen gegen das Dynamitgesetz drei Monate erkennen müssen, trotzdem sie von der moralischen Schuldlosigkeit des „Verbrechers" völlig überzeugt sind. Es ist deshalb möglich, daß wenn jenes Gesetz auch auf Antrag der Sozialdemokraten nicht aufgehoben, so doch im Wesentlichen modifizirt und gelindert wird.

Gegen das Monopol wurde von der Stadtverordneten-Versammlung zu *Köln* am 4. d. M. folgender Beschluß gefaßt: „Das Stadtverordneten-Kollegium wolle erklären: Die Annahme der unter dem 9. Januar dieses Jahres veröffentlichten Spiritus-Monopol-Vorlage würde in die Erwerbsverhältnisse zahlreicher hiesiger Bürger störend eingreifen und viele selbstständige wirthschaftliche Existenzen vernichten. Daher richtet das Stadtverordneten-Kollegium an den hohen Reichstag die ergebenste Bitte, die Spiritus-Monopol-Vorlage abzulehnen."

Unter Berufung auf § 83 der rheinischen Städteordnung hat nun die Regierung zu Köln verfügt, daß dieser Beschluß der Stadtverordneten vorläufig zu beanstanden sei. — Der § 83 giebt der Regierung das Recht, dann einzuschreiten, wenn die Stadtvertretung ihre Befugnisse überschreitet, wenn sie Beschlüsse faßt, welche gesetz- oder rechtswidrig sind oder das Staatswohl verletzen. In wieweit der vorstehende Beschluß mit diesen Bestimmungen kollidiren sollte, ist nicht ersichtlich. Dieser Fall ist analog jenem, der seiner Zeit in der Berliner Stadtvertretung so viel Staub aufwirbelte, wir meinen den Antrag *Singer*, welcher die Stadtväter aufforderte, sich zu Gunsten einer gerechteren Eintheilung der Berliner Wahlkreise auszusprechen. Der Antrag fand durch das Verhalten der Berliner Stadtväter damals ein recht unrühmliches Ende und ein ähnliches dürfte auch dem obigen Beschlusse aus gleichen Gründen beschieden sein.

Ueber das Gebahren des „schwarzen" Cremer schreibt die „Germania": „Don Cristobal Cremer wird, scheint es, allmälig von den Berlinern als die lustige Person der sogen. „Berliner Bewegung" erkannt. Am Freitag Abend tagten Berliner Gouvernementale in der Tonhalle, um sich darüber zu entrüsten, daß sie weder im Lande noch in Berlin zur Majorität gelangen können, um die „Reichsfeinde" und Polenfreunde mit Erfolg bekämpfen zu können. In der „Post" finden wir darüber einen Bericht, in welchem wir lesen:

Nachdem Rechtsanwalt Stein die Verhandlungen mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnet hatte, ergriff zunächst der Abg. Cremer das Wort zur Besprechung der Polendebatte. Der Redner gab seiner Entrüstung Ausdruck über das Verhalten der Minorität dem Fürsten Bismarck gegenüber. „Wenn ich nicht Abgeordneter gewesen, der Himmel weiß, was geschehen. (Heiterkeit.) Was Bismarck für Deutschland gethan hat, das steht so groß da, daß, wenn man sich nicht selbst ins Gesicht spucken will, man den Mann nicht mehr anzischen darf. (Beifall.) Man hat Bismarck in der That ausgezischt (Zuruf: „Pfui, Juden!"), aber das wird anders werden, dafür sorgt unsere Jugend. (Beifall.)

Man beachte, daß die Versammlung in Heiterkeit ausbrach, als Herr Cremer so fürchterlich drohend und im höchsten Pathos rief: „Wenn ich nicht Abgeordneter gewesen, der Himmel weiß, was geschehen." „Das läßt tief blicken", würde Herr Sabor sagen, in der That so tief, daß man über die anderen speichelleckerischen Sätze des Herrn Cremer absolut kein Wort zu verlieren braucht."

Eine Ausweisung aus Rußland. Die „Danziger Ztg." schreibt: Daß das Vorgehen der preußischen Regierung auch in Rußland Nachahmung findet, zeigt folgender, hier soeben bekannt gewordene Fall, bei dessen Schilderung wir allerdings auf die von dem Betroffenen selbst gemachten Angaben angewiesen sind, deren Richtigkeit also vorausgesetzt werden muß. Der Zimmergeselle Johannes Haase verließ im Jahre 1860 seinen Heimathsort Günterrode in Sachsen und wanderte nach Rußland aus, woselbst er sich nach einer dreimonatlichen Wanderzeit bei Noverzerkaski im südlichen Rußland ansiedelte und mit einer Russin verheirathete. Bei seiner Verheirathung erwarb er eine Windmühle nebst Wohnhaus und lebte dort 25 Jahre glücklich und zufrieden mit seiner Familie. Ende des Jahres 1885 erhielt er ohne jeden Grund von der russischen Regierung die Aufforderung, binnen 24 Stunden den Ort zu verlassen. Bei dieser kurzen Frist war er gezwungen, seiner Familie sein mühsam erworbenes Eigenthum zu übergeben. Nach Ablauf der Ausweisungsfrist wurde er ohne Weiteres eingesperrt und wie ein Verbrecher nach der Grenze transportirt. Bei seiner Verhaftung wurde ihm von der russischen Polizei sein Reisegeld von 5 Rubeln mit dem Bemerken abgenommen, daß ihm dasselbe an der Grenze wieder ausgehändigt würde. An der Grenze angekommen, wurde ihm jedoch das Geld nicht eingehändigt. Auf preußischem Gebiete war er nun gezwungen, die Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Durch Unterstützungen von einigen Gemeinden und Privatleuten ist es ihm gelungen, am 4. d. Mts. Danzig zu erreichen, wo er in der Herberge zur Heimath freies Logis erhielt. Von hier aus will er nun nach seinem früheren Heimathsorte Günterrode in Sachsen zu gelangen suchen.

Aus Sachsen, 7. Februar, schreibt man der „Voss. Ztg.": Bei der Berathung des Etats der Landesstrafanstalten im sächsischen Landtage hat der sozialdemokratische Abgeordnete *Geyer* Gelegenheit genommen, sich über die ihm zu Theil gewordene Behandlung im Zwickauer Gefängnisse zu be- ren. Obwohl er wegen eines politischen Vergehens be- worden sei, habe man ihn in der ersten Nacht in einer rimszelle mit zwei gemeinen Verbrechern zusammenge- Am nächsten Morgen habe er sich scheeren und baden la- müssen, und alsdann sei er dem Gefängnißdirektor d'A- vorgeführt worden, der ihn in einer Weise behandelt habe, ganz im Widerspruch stehe mit dem Rufe, den jener wegen seiner Humanität genieße. Anschließend an diese A- verlangte der Abgeordnete Geyer die Aufhebung der Zi- und die Einrichtung einer besonderen Abtheilung für po- Verbrecher und solche, die nur wegen geringer Vergehen straft worden seien. Die Erwiderung des Ministers von N- Wallwitz beschränkte sich auf die Bemerkung, daß auch po- Gefangene kein Anrecht darauf hätten, anders behandelt werden, als es die Hausordnung vorschreibe; sollte das le- nicht geschehen sein, so stehe dem Abgeordneten Geyer jeder der Beschwerdeweg offen. Eine Petition zahlreicher Gewe- vereine und Innungen wegen Beseitigung resp. Verringer- des Gewerbebetriebes in den Strafanstalten, ließ man n- längerer Debatte auf sich beruhen. Ein Antrag, diese Pe- der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen, wurde ge- 30 Stimmen abgelehnt.

Frankreich.

Der Amnestieantrag wird in der Presse und in Versam- lungen aufs lebhafteste kommentirt. Während die opport- schen und konservativen Organe ihre Freude über die Ver- fung desselben ausdrücken, überhäufen die radikalen Blätter Ministerium mit Vorwürfen strengster Art. Sogar das O- des Ministers Lockroy, der „Rappel", ist von dem Erfolg unzufrieden, denn er schreibt: „Wir sind dem Minis- nicht feindlich, können aber seinen Sieg nicht verherrlichen. konnte einen besseren erringen. Wenn es die Amnestie bekämpft, sondern vertheidigt hätte, so hätte es vielleicht Stimmen des linken Zentrums verloren, aber die der äu- Linken gewonnen. Es hätte eine größere Mehrheit gehabt sein Sieg wäre der der Menschlichkeit und Großmuth ge- Der erste Redner in der Kammer über den Amnestie- war *Clovis Hugues*. Derselbe drückte sein Er- darüber aus, daß die Regierung die Amnestie be- wolle. Die Republik sei nicht bedroht; anstatt man sich ihrer entledige, werde sie sich vielleicht Thronbewerber entledigen. Die Republikaner sollten einer Frage der Menschlichkeit und Gerechtigkeit einig Erneuerung der Gewalt des Präsidenten der Repu- einen herrlichen Anlaß für eine Amnestie geboten. armen Leute, die in den Kerkern schmachteten, seien die schrecklichen Leiden, die sie z. B. in den Bergwerk- deten, zum Aufstand getrieben worden. Bevor man die Vorgänge von Decazeville berufe und über sie müsse man sich fragen, was jene unglücklichen Arbeiter hätten, bevor sie jenes Verbrechen begingen. Habe nie- mand das Recht, den Lohn unter das Maß des zur Nothwendigen herabzudrücken? Steckten nicht vielleicht in Sache *Agenten*, die im Einvernehmen mit der Ju- Polizei gehandelt hätten? In Monteceau-les-Mines artiges *bewiesen*. Cyboct sei nur wegen Preßverge- urtheilt. Die Schriftstellerei befasse sich aber heutzutage dem Elend und beweise, daß es wirklich vorhanden der Frage der Wahlvergehen bestehe kein Bündniß zwi- äußersten Linken und der Rechten. Zwei feindliche könnten in einer Frage zusammenstimmen unter der Frankreichs. Die Amnestie der Araber endlich sei von den rälen, die den Aufstand niederschlugen, versprochen, aber noch nicht gehalten worden. Abg. *Sabatier* eine Amnestie der Araber würde in Algerien böses machen. Herr Rochefort hätte für ihre Begnadigung öffentlich und auf der Tribüne, sondern privatim wirken Berichterstatter *Monis* erklärte, man müsse der Re- es überlassen, den passenden Zeitpunkt für eine Amne- bestimmen, da sie allein für die Aufrechthaltung der O- verantwortlich sei. Es sei Niemand vorhanden, den man nestiren könne. *Rochefort* ging auf die Beurtheilung Bergleute von Monicean-les-Mines zurück, die durch bezahlten Polizeiagenten, Brenin, aufgereizt worden *Bernhard Lavergne* bekämpfte die Amnestie. minister *de Freycinet* antwortete, die Regierung durch die von ihr vorgenommenen Begnadigungen daß sie zur Milde geneigt sei. Noch weitere Gnadenakte den folgen; zu einem Amnestiegesetz liege jedoch kein vor, da ein solches nur wenigen Verurtheilten zu Gute men könnte. Die Untersuchungen von Wahlvergehen meist noch; im Voraus begnadigen, ehe noch der Richter Urtheil gefällt habe, hieße der Gerechtigkeit in den Arm und ihr Schweigen auferlegen. Nach der Rede des wurde von der Kammer mit 347 gegen 116 Stimmen schlossen, nicht in die Einzelberathung des Antrags ein- womit der Antrag verworfen war.

Rußland.

Ueber die Verhaftung des angeblichen Sergei schreibt man aus Petersburg: Iwanow, ein einflußreich-

---

„Ich bedauere," sagte der Beamte achselzuckend, „ich muß sogleich an die Ausübung meiner Funktionen gehen. Sind das alle Ihre Dienstboten?"

„Ja," sagte die Baronin etwas unsicher.

„Ich brauche Sie wohl nicht erst darauf aufmerksam zu machen, daß Sie für alle Ihre Aussagen die volle Verantwortung tragen."

Auf diese warnend gesprochenen Worte des Kommissärs warf die Baronin stolz den Kopf zurück.

„Es bedurfte dieser Erinnerung nicht," erwiderte sie, „ich spreche überhaupt nie etwas Anderes als die Wahrheit. Welcher von meinen Leuten ist es übrigens, den Sie mit einem Verbrechen verdächtigen? Ich halte keinen von ihnen für fähig ein solches zu begehen."

„Ich verdächtige noch Niemanden," sagte der Beamte. „Ich frage nur und in seinen Antworten spricht sich ein Jeder selbst das Urtheil oder frei. Vorläufig genügt mir ein Namensverzeichniß des Personals. Während wir das anfertigen, wird der Herr Kastellan die Güte haben, mit Herrn Möller hier einen Rundgang zu machen, alle nach Außen gehenden Thüren zu schließen und mir die Schlüssel auszuhändigen. Ohne meine Bewilligung darf Niemand das Haus betreten oder verlassen."

„Sie wollen uns gefangen setzen?" rief erbleichend die Baronin. „Das ist zu viel, mein Herr! Ich werde mir meine Freiheit nicht rauben lassen. Auch von Ihnen nicht!" Sie machte eine demonstrative Bewegung nach der zur Vorhalle führenden Thür.

„Mama!" bat flehend Erna.

Auf das strenge Antlitz des Kommissärs trat ein Lächeln; er warf seinen beiden Begleitern einen triumphirenden Blick zu.

Und sich wieder der von Erna zurückgehaltenen Baronin zuwendend, sagte er: „Auch ich, Madame, trage für meine Worte und Handlungen im vollen Umfange die Verantwortung. Es liegt in meinem Ermessen, Ihr Haus mit Gendarmen aus der Umgegend — aus Garz oder Mirow — zu besetzen oder nicht. Ich wollte Ihnen eben das Aeußerste ersparen, ersparen Sie es auch mir. Bieten Sie mir lieber die Hand zur raschesten Erledigung dieser sehr peinlichen Angelegenheit; um so eher werden Sie uns los und wieder Herr in ihrem Hause!"

Diese Aussicht stimmte die Baronin um. Sie winkte dem Kastellan befehlend zu. Derselbe verließ mit dem Beamten Möller zusammen das Zimmer.

„Gollnow, nehmen Sie ein Verzeichniß des Dienstpersonals auf, sagte Romberg zu dem anderen Beamten und dann trat er rasch zu den Damen, angeblich, um sich wegen seines energischen Vorgehens noch weiter zu entschuldigen, in Wahrheit aber, um Jene an jeder vertraulichen Mittheilung zu verhindern. Seine Höflichkeiten blieben unerwidert.

Gollnow reichte ihm das angefertigte Verzeichniß. Er sah es flüchtig durch und nickte befriedigt.

„Führen Sie die Leute nach dem Dienerzimmer," sagte er dann. „Niemand darf es, bis er aufgerufen wird, verlassen."

Der Beamte verließ mit dem Personal das Zimmer. Romberg und die beiden Damen blieben allein.

„Und nun, mein Herr," wandte sich jetzt die Baronin an den letzteren, „auf eine offene Frage eine ebenso offene Antwort! Wen und was suchen Sie?"

Der Gefragte zuckte die Achseln.

„Wenn Sie das nicht wissen," sagte er mit einem Seitenblick auf Erna, die in einen Sessel gesunken war, „dann werden Sie mich auch nicht verstehen, wenn ich es Ihnen sage. Ich habe aber allen Grund, anzunehmen, daß Sie meine Mission ganz genau kennen, und daß Ihre Ueberraschung bei unserem Eindringen hier nicht ganz — natürlich war. Sie verzeihen das harte Wort!"

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Walhalla-Theater. Die humoristische Revue „Das lachende Berlin" von Ed. Jacobson und H. Wilken, welche im Laufe dieser Woche im Walhalla-Theater in Szene geht, bietet in einem lustigen Rahmen hauptsächlich eine Entwick- schichte unserer Posse seit Anfang dieses Jahrhunderts bühnengewandten Autoren bringen in dieser Revue der heitersten Berliner Theater-Reminiszenzen. Die der einzelnen Stücke stehen nicht völlig unabhängig ander, sondern greifen zum größten Theil in einander sind in einen gewissen Zusammenhang gebracht. Autoren und Komponisten kommen zum Wort. Ein „Das Jubiläum" leitet die Revue ein. Der erste Berlin) umfaßt die Zeit von 1800—1830 und folgende „Der Stralauer Fischzug" von Julius v. Voß; „Ein chen vor dem Potsdamer Thor" von Carl Blum; Nante im Verhör" von Glasbrenner und Beckmann; Wiener in Berlin" von Carl v. Holtei; „Das Fest der werker" von Angely. Der zweite Akt (Neu-Berlin) 1850 beginnt mit dem Altvater der neuen Berliner Posse und bringt Szenen aus „Einer von unsere Leut'", dann Salingré mit „Berliner Kinder", Jacobson mit jüngste Lieutenant" und Weirauch mit „Maschinenbauer". dritte Akt endlich ist den neuesten Erscheinungen auf dem biete der Posse und Operette gewidmet. — Trotz dieser fassenden Inhaltsangabe ist es kaum möglich, sich eine stellung von dem Verlaufe des Stückes zu machen.

Viktoria-Theater. Auf vielfaches Begehren veran- das Viktoria-Theater, da der „Däumling" mit seinen Kinderszenen, seiner Wandel-Dekoration durch das M- land und besonders durch seine originellen Kinder-Aufzüge der Liliputanerstadt allabendlich nicht nur das Entzücken Großen, sondern vor Allem auch unserer Kleinen erregt, Mittwoch, eine Kinder-Vorstellung, bei der jeder Erwach- das Recht hat, auf den numerirten Plätzen ein Kind frei Theater mitzubringen.

Louisenstädtisches Theater. Der Erfolg von cadabra" ist hinter den Erwartungen nicht zurückgeblieben. Nachdem die Wochentags-Vorstellungen stets sehr gut Häuser brachten, mußte am Sonntag bereits um ¼7 Uhr Kasse geschlossen werden und dichte Schaaren von Schau- mußten umkehren. Eine lange Repertoiredauer des „Abracadabra" ist somit gesichert.

Alhambra-Theater. Zum Benefiz für Hedwig und Gustl Walden geht am Sonnabend, den 13. Februar fünfaktige historische Schauspiel von Arthur Müller „Die schwörung der Frauen" in Szene. Bei der großen Beli-

glied der Partei „Norodnaja Wolja" wurde seiner Zeit nach Sibirien verschickt, entfloh aber und kam glücklich nach Frankreich, von wo er seit Kurzem nach hier zurückkam. Die Polizei folgte unausgesetzt seinen Spuren und verhaftete ihn in dem Augenblick, als er ein Restaurant auf dem Newski-Prospekt verließ. Ein vor der Thür haltender Wagen mit Gendarmen entführte den überraschten Nihilisten in die Geheimpolizei. — Ueber die Unruhen in Lublin hört man noch folgendes: Die drei Dominikaner, um deren Verhaftung es sich handelte, waren der Agitation im Sinne der römisch-katholischen Propaganda unter den Uniten beschuldigt. Die drei Dominikaner sind auch verhaftet und nach Warschau in die Zitadelle abgeführt worden.

Dänemark.

Der Reichstag ist am Montag von dem Ministerium Estrup bis auf Weiteres nach Hause geschickt worden, nachdem sich herausstellte, daß derselbe nicht geneigt war, sein verfassungsmäßiges Recht preiszugeben. Herr Estrup wirthschaftet nach gewohnter Manier weiter und er wird sein Treiben voraussichtlich noch eine Zeit lang fortsetzen können. Allein wenn das Folkething konsequent an seinem Rechte festhält, so wird sich recht bald zeigen, daß der unverhüllte Absolutismus in der jetzigen Zeit sich nicht mehr dauernd aufrecht erhalten läßt. Die absolute Staatsmaschine beginnt bereits recht bedenklich zu stocken, sogar in der ersten Kammer, welche eine dem Herrn Minister ergebene Mehrheit aufweist, mehren sich die Bedenken gegen die weitere Verfolgung des eingeschlagenen Weges; die Majorität wurde täglich kleinlauter und die Sitzungen waren so schwach besucht, daß kaum noch Beschlüsse gefaßt werden konnten.

Großbritannien.

Aus London meldet ein Telegramm vom 8. d. M.: Heute Nachmittag fand auf Trafalgar Square eine Kundgebung beschäftigungsloser Arbeiter statt, welcher gegen 10 000 Personen beiwohnten; dieselbe war von der sozialdemokratischen Vereinigung organisirt worden. Es wurden mehrere Resolutionen angenommen, in welchen auf die Nothwendigkeit hingewiesen wird, unverzüglich Schritte zu thun, um dem unter der Arbeiterbevölkerung herrschenden Elend abzuhelfen. Ferner sollen die Parlamentsdeputirten für London aufgefordert werden, jede andere parlamentarische Arbeit zu verhindern, bis ein Gesetzentwurf angenommen ist, durch welchen das Arbeitsministerium ermächtigt wird, den Bau von Arbeiterwohnungen zu unternehmen. Sodann wird in den Resolutionen eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden verlangt. Es wurden mehrere heftige und aufreizende Reden gegen die besitzenden Klassen und das Kapital gehalten, in denen die Arbeiter aufgefordert wurden, sich zu organisiren und eine soziale Revolution zu machen. Ein Redner, Namens Burns, entfaltete eine rothe Fahne und forderte die Arbeiter auf, der sozialen Föderation zu folgen, welche ihnen das Zeichen zum Angriff und zur Plünderung der westlichen Stadttheile von London geben würde, falls die Regierung nicht ein Heilmittel gegen das Elend der Arbeiter finden sollte. Gegen 4 Uhr waren die Reden zu Ende, doch blieb die Menschenmasse noch eine Zeit lang auf Trafalgar Square versammelt und beginnt erst jetzt sich langsam zu zerstreuen. — Ein späteres Telegramm berichtet von Ruhestörungen, welche von der Volksmenge verübt sein sollen. Es heißt da: Als die Volksmenge Trafalgar Square verließ, durchzog sie Pall Mall, Saint James Street, Piccadilly, Oxford Street und Regent Street, wobei Fensterscheiben eingeworfen und sonstiger Unfug verübt wurde. Auch in verschiedene Läden brachen die Tumultuanten ein, so namentlich in einen Weinladen, sowie auch in Damenkonfektions-Geschäfte; überall wurden Verwüstungen angerichtet und Gegenstände gewaltsam fortgenommen. Ferner wurden mehrere Fuhrwerke sowie zahlreiche Fußgänger angehalten und letztere mehrfach ihrer Werthsachen beraubt. Nachdem die Polizei hinreichende Verstärkungen an sich gezogen hatte, stellte dieselbe die Ruhe wieder her und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. — Wir wollen hierzu nur bemerken, daß der Unfug — denn so kann man das Fenstereinwerfen und das Demoliren anderer Gegenstände mit Recht bezeichnen — sicher nicht von Sozialdemokraten angestiftet oder begangen wurde. Von solchen Streichen kann kein vernünftiger Mensch eine Besserung der Verhältnisse erwarten. Daß der offiziöse Draht den Tumult dennoch in obiger Weise fruktifizirt, ist recht bezeichnend. Der Zweck heiligt eben die Mittel.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 11. Februar d. J., Nachmittags 5 Uhr. Sechs Naturalisationsgesuche. — Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten. — Zwei Anstellungssachen. — Fortsetzung der Berathung über die Vorlage, betr. den Standmiethen-Tarif und die Organisation der Markthallen. — Vorlage, betr. die Festsetzung des Stadthaushaltsetats pro 1. April 1886/87. — Desgl., betr. die Schulferien an den höheren Lehranstalten für das Jahr 1886. — Desgl., betr. die Sperrung des Fußgängerverkehrs in der Yorkstraße zwischen Bülow- und Möckernstraße. — Desgl., betr. die Erwerbung des von den Grundstücken Dresdenerstraße 107—110 zur Straßen-Verbreiterung erforderlichen Terrains. — Desgl., betr. die Ablösung der zu dem Prediger- und Küstergehalt des Heiligengeist-Hospitals, resp. der böhmisch-reformirten Kirche zu zahlenden städtischen Zuschüsse. — Desgl., betr. die Anfrage von Mitgliedern der Versammlung wegen Ausstellung der Vokationen für die beiden neuangestellten Diakonen der St. Markuskirche. — Desgl., betr. die Pflasterung der Brücken-Allee von der Spree bis zur Stadteisenbahn. — Desgl., betr. die Abänderung des Gemeinde-Einkommensteuer-Regulativs. — Desgl. betr. die Preisliste für die durch die Aktiengesellschaft „Städtische Elektrizitätswerke" auszuführenden Einrichtungen elektrischer Beleuchtungsanlagen. — Vier Rechnungen. — Berichterstattung über die Vorlage, betr. die Errichtung eines städtischen Erziehungshauses für verwahrloste Knaben. — Desgl. über den § 5 der für den Grundstück-Erwerbungsfonds zu erlassenden Bestimmungen. — Desgl. des Ausschusses für Rechnungssachen. — Vorlage, betr. die Pensions-Zuschußkasse für die Berliner besoldeten Gemeindebeamten und deren Ehefrauen. — Vorlagen, betr. die Erwerbung der von den Grundstücken Wassergasse 22 bis 27 und Alexandrinenstraße 3/4 zur Straßenverbreiterung erforderlichen Terrains. — Desgl., betr. die Erwerbung des von dem Grundstücke Gitschinerstraße 92 zur Bürgersteig-Regulirung erforderlichen Terrains. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betr. die Heizanlagen in den städtischen Schulen. — Etats für die Kanalisationswerke und die Verwaltung der Rieselfelder, für die Verwaltung der Gasanstalten und für die Petroleum-Erleuchtung, für die Verwaltung der Wasserwerke, sowie für den Zentral-Viehmarkt, den Zentral-Schlachthof und die Fleischschau pro 1. April 1886/87. — Vorlage, betr. den Ankauf des Grundstücks Bauhofstr. 11. — Desgl., betr. den Verkauf von Parzellen des Grundstücks Frankfurter Allee 115. — Desgl., betr. den Verkauf des auf dem Grundstücke Alexanderstraße 7 vorhandenen Gebäudes zum Abbruch. — Desgl., betr. die Erwerbung des von dem Grundstücke Ackerstr. 101 zur Straßen-Regulirung erforderlichen Terrains. — Vorlage, betr. die Zahlung eines Gnadenquartalgehalts. — Eine Unterstützungssache. — Berichterstattung über die Vorlage, betr. die Wahl von Schiedsmännern für die Kommission zur Abschätzung seuchenkranker Thiere. — Vorlage, betr. die Bewilligung von Gratifikationen für Mannschaften der Feuerwehr aus Anlaß zurückgelegter 25jähriger Dienstzeit.

Lokales.

Heraldische Preisfrage. Wir lasen in der „Fränkischen Tagespost", dem Organ der Nürnberger Arbeiter: „Ein Freund unseres Blattes schrieb uns vor einigen Tagen aus Berlin: „Heute trete ich mit einer Frage an Sie heran, welche in das Fach der Heraldik gehört. Das bayrische Wappen enthält nämlich seit undenklichen Zeiten als Schildhalter zwei Löwen, die von einander nichts wissen wollen und daher ihre Köpfe nach rechts und nach links drehen, vide Freimarken. Auf den Postkarten (wir zitiren verbotenus) haben se aber mit eenmal den Kopp derart 'umjeschmissen, det et aussieht, als wenn die beeden Biester sich jegenseitig uffressen wollten. Woher kommt nu det? Flotzen se sich vielleicht aus Aerjer dadriber an, daß det — — Defizit so soll gewachsen sind? Ibrijens sind et so'ne Jammerjerippe, det et eenen wirklich jammern kann." Als unser Entsetzen über den kodderijen Berliner sich in etwas gelegt hatte, griffen wir zu Freimarken und Postkarte und richtig, auf den Marken steht das bayrische Wappen so und auf den Karten anders gezeichnet. Wir waren rathlos; Niemand von uns war im Stande, das Räthsel zu lösen, auch unsere Freunde und Bekannten nicht, welche wir des Abends am Biertisch befragten. Das Schnurrigste für uns war, daß weder uns selbst, noch irgend einem der Befragten, darunter sogar ein sehr scharfsichtiger Postbeamter, auch nur je die Verschiedenheit der Wappenzeichnung aufgefallen war, trotzdem wir sämmtlich hundert- und tausendmal die betreffenden Postwerthzeichen in den Händen gehabt. Noch blieb uns ein Orakel zu befragen übrig, der Sulzbacher Kalender, aber auch dieser klärte uns nicht auf, denn er bringt nur ein bayerisches Wappen, als Schildhalter die Löwen mit abgewendeten Köpfen. Ganz besonders ärgerlich war uns, daß die Löwen auf der Postkarte — alle unsere Bekannten waren mit uns darüber einig — wirkliche Jammerbilder sind, unser Berliner Freund also eine gewisse Berechtigung zu seinen Witzen hatte. Anstatt der königlichen Thiere in dem bayerischen Wappen sind da wahre Karrikaturen gezeichnet; von kraftvoll gedrungenem Körperbau keine Spur; statt mächtiger Hinterpranken erblickt man Bocksbeine, behaart und ruppig, und man muß sich wirklich geradezu schämen, daß solche Sudelei Tag für Tag in Tausenden von Exemplaren als Probe vaterländischen Kunstsinnes in die Welt hinaus geht, zum Glück allerdings nur im deutsch-österreichischen Postverkehr. Es ist aber auch das genug und man sollte doch meinen, daß, wer in diesen Dingen der maßgebende Zensor war, eine so jammervolle Zeichnung des bayerischen Wappens nicht passiren lassen durfte. Diese Expektorationen klären uns aber immer noch nicht darüber auf, warum die bayerischen Löwen auf zu gleicher Zeit ausgegebenen Postwerthzeichen" das eine Mal so, das andere Mal anders ausschauen. Wer löst uns dies heraldische Räthsel?" Uns interessiren die Löwen auf den bayrischen Postkarten nur wenig, und wenn uns auch jeder Partikularismus fern liegt, so freut es uns doch, daß es gerade ein Berliner war, der unsere bayrischen Freunde auf die „Jammerjerippe" aufmerksam machen mußte.

Wir theilten vor einigen Tagen mit, daß der Rüdersdorfer Dampfschifffahrtsgesellschaft aufgegeben worden sei, die Anlegebrücke an der Woltersdorfer Schleuse abzubrechen, ohne daß ein anderer Anlegeplatz in dem engen Kanal vorhanden sei. Mit Bezug auf die Mittheilung wird geschrieben: Seitens der königlichen Regierung zu Potsdam ist der Rüdersdorfer Dampfschifffahrts-Aktiengesellschaft aufgegeben worden, die im Oberwasser der Schleuse zu Woltersdorf stehende Landungsbrücke zu beseitigen; wegen Anweisung einer anderweitigen Landungsstelle steht die Gesellschaft zur Zeit mit der königlichen Wasserbauverwaltung noch in Unterhandlung. Hierdurch wird aber die unterhalb der Schleuse befindliche Landungsbrücke, welche den Verkehr zwischen Erkner und Woltersdorfer Schleuse vermittelt, in keiner Weise berührt und die Dampfbootverbindung bleibt auf dieser Strecke in gleichem Umfange, wie früher, auch in diesem Jahre bestehen.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember beträgt die Zahl der Wohngebäude in Berlin jetzt 25 744, von denen 459 unbewohnt waren. Die festgestellte Bevölkerungsziffer Berlins ist 1 315 547. Im Vergleich zu der Vorzählung ergiebt sich ein Anwachsen der Bevölkerung um 193 217 Personen in fünf Jahren; um 89 110 hat das männliche, um 104 107 das weibliche Geschlecht zugenommen; die Differenz beider Geschlechter ist bis auf 51 669 oder 3,93 pCt. der Bevölkerung gestiegen. Das Gesammt-Zunahmeverhältniß der Berliner Bevölkerung von 17,22 pCt. steht über demjenigen der vorigen fünfjährigen Periode (16,08); es ist dies um so bedeutsamer, als in Folge des Anwachsens über die Grenzen des Weichbildes hinaus und des Rückganges der Bevölkerung im Mittelpunkte der Stadt unter sonst gleichen Verhältnissen der Prozentsatz der Zunahme herabgehen müßte. Eine Abnahme zeigt im erheblichen Maße das alte Berlin, im geringeren die Friedrichstadt; das stärkste Zunahmeverhältniß zeigen diejenigen äußeren Theile, welche nach Westen und Süden den Rand der großen Agglomeration bilden, wie Moabit (42,35), der östlichste Theil der Louisenstadt (38,7), der Wedding (31,6), die Tempelhofer Vorstadt (31,4), sowie die mit den anarenzenden Gemeinden zusammenhängende Schöneberger Vorstadt (31,9), wogegen nur die nordöstlichen Vorstädte nur eine mäßige Zunahme aufweisen. Die Zahl der Haushaltungen, mit Einrechnung der Anstalten ist von 257 100 auf 304 641 gestiegen, also um 18,5 pCt., so daß die Durchschnittszahl der auf eine Haushaltung kommenden Einwohner von 4,36 auf 4,32 herabgegangen ist.

Das allen Berliner Sommerfrischlern bekannte ehemalige Rittergut Schulzendorf ist vom Forstfiskus angekauft und bis auf ein Wohnhaus, welches einem Förster zur Dienstwohnung bestimmt ist, völlig vom Erdboden verschwunden. Den Berlinern, welche im Sommer dort im Walde Erholung suchen, steht nur noch eine Restauration zur Benutzung offen. Was von den Waldpromenaden noch bleiben wird, das wird die Zukunft lehren. Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, die Waldpartien an den und in den Bergen nicht mehr zur Benutzung für das Publikum freizugeben. Selbst der Name Schulzendorf soll eingehen und die amtliche Bezeichnung für Schulzendorf soll „Forsthaus Tegel" sein. — Wahrscheinlich ist es nothwendig, daß der schöne Wald dort für das Wild allein reservirt bleibt. Wer sechs Tage Staub geschluckt hat, kann es am siebenten auch thun, dann kommt er wenigstens nicht aus der Uebung.

9 Tage unbeerdigt. Als Beispiel, wie oft leere Formalitäten bei Leichenbefunden die Bestattung auf lange Zeit hinausschieben, wird uns folgendes mitgetheilt: Am 25. Jan. d. J., Abends, fand der Arbeiter B. zwischen den Schienen auf Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde den Arbeiter Mai als Leiche auf. Derselbe war bekanntlich beim Rangiren beschäftigt gewesen und von den Puffern einer Maschine erfaßt worden. Nachdem der Fund gemeldet, wurde die Leiche in den Stationskrankenkorb gelegt und dieser in einen verdeckten Wagen gestellt, wo die Leiche bis zum 31. verblieb. Dieser Korb wird später wieder für Kranke benutzt werden. Am Sonntag, den 31. Januar, sollte die Leiche der Erde übergeben werden, doch zog sich dieser Akt abermals zwei Tage hin, da erst am 1. und 2. Februar die Besichtigung und die Obduktion stattfand. Im Ganzen sind also neun Tage vergangen, bis die Beerdigung erfolgte, ein Umstand, über den sich dortige Anwohner mit Recht entrüstet zeigten.

Polizei-Bericht. Am 8. d. Mts., Vormittags, fiel ein Schutzmann auf seinem Patrouillengange am Kolonnenweg in der Nähe der Invalidenstraße in Folge Ausgleitens zur Erde und erlitt dabei eine so schwere Verletzung am Kopf, daß er mittelst Droschke nach dem Krankenhause in Moabit gebracht werden mußte. — An demselben Tage, Nachmittags, wurde ein Mann auf dem Bürgersteige vor dem Hause Neue

---

welcher sich die Benefiziantinnen beim Publikum erfreuen, glauben wir nicht, daß es noch eines besonderen Hinweises auf diese Vorstellung bedarf.

Probe der deutschen Mundarten. Cannabich giebt in seinem Hilfsbuche zur Geographie zur Probe der Mundarten den Anfang des biblischen Gleichnisses vom Säemann. Hannover: „Hört tau, et gunk ein Sägemann ut, tau sägen." — Altmark Brandenburg: „Horch tau, et gink en Buer up't Feld tum Seen." — Hamburg: „Hört to, een Buhr güng ut, sien Soat to say'n." — Mecklenburg-Schwerin: „Häret to, sü fär gink een Sajer uut, to sajen." — Braunschweig: „Höret tau! Süb et gung een Saiemann ut to sain." — Harz: „Härt zu! Sät, es läng ä Sämann aus zu säe." — Paderborn: „Häret to! Sü et chink 'n Seimann ut to seien." — Zwischen Leipzig und Thüringen: „Hört zu, säht! 's gung ä mal a Siämann aus zu siän." — Voigtland: „Horcht auf un läßt euch soge, a mal ging a Bauer naus zen sä'n." — Sachsen-Meiningen: „Hört zu, sich, es gieng ä Sämoh os zu sää." — Ansbach: „Härt zu, sich, es gieng ä Soamä aufs Soa aus." — Kassel: „Hebht zu, sich, et ging en Sehmann us ze sän." — Köln: „Kick! et jing ä Ziemann us zu zien." — Bonn: „Hört zo, such, et jing ene Säer eruus zo säen." — An der Eifel: „Gett ägt, see, et geng aemal enne Sämann us äm za säen." — Aus Zweibrücken: „Horcht zu, 's ischt e mal e Bauer naus ins Feld gang, vor ze säe." — Speyer: „Härt e mal zu, seht, 's isch e Sämann nausgange säe." — Im Allgau unweit Füssen und Nesselwang im bayrischen Ober-Donaukreise: „Heared zue, gueg, 's ischt a Säema nasg' gange z' säed." — Stuttgart: „Höhret me an, a Bauer ischt zum Säa naus gangi aufs Feld." — Donauwörth: „A Söma ischt ausganga, sein Söma oss'werfa." — Gemünd: „Hairet zua, gucket, es gäht a Säemann aus zum säan." — Würzburg: „Hör a mol, as is ä Sämo ausganga zu säa." — Nürnberg: „Höirt zon, segt, es is a Bauer ausganga 's säa." — Eichstädt: Jsa schau, a Bauer ist zum Sön ganga." — München: „Loßts enk sagn, a Moi is a Bauer auf's Sah'n nausganga." — Brixen: „Da hearts a mal zue, as ischt a mal a Paur ze san aufstiggangn."

Studentenrummel in Paris. Vor einigen Tagen sollte im Amphitheater der Assistance publique in Paris, wie man der „W. A. Ztg." von dort schreibt, die Prüfung für die Aufnahme der Externisten und Internisten in das genannte Spital stattfinden. Es hatten sich an 1500 Studenten der Medizin eingefunden, welche den Saal bis aufs letzte Plätzchen füllten. Kaum hatte sich der Direktor der Anstalt, Peyron, zu einer kurzen Ansprache erhoben, als sich ein ohrenbetäubender Lärm erhob und den Redner verstummen machte. Direktor Peyron und die übrigen Prüfungsärzte zogen sich in einen anstoßenden Saal zurück. Viele Studenten eilten ihnen nach, und da sie im Korridor einige Besenstiele, Stangen und Schaufeln fanden, ergriffen sie dieselben und kehrten damit zu ihren Kollegen zurück, die sie zu einem Aufmarsch über die Boulevards nach der „Ecole de médecine" aufforderten, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. Auf der Straße rangirten sich die Studenten im Gänsemarsch; voran marschirte der Führer, der an einer Stange einen Myrthenkranz schwang, hinter ihm zwei Andere mit Besenstielen und ein Vierter trug ein Plakat mit der Aufschrift: „Ein Zimmer zu vermiethen!" Hinter dieser Gruppe folgten die übrigen Studenten, welche im Takte schrieen: „Pfui Peyron, Pfui!" Eine riesige Menschenmenge gab dieser Expedition bis zur „Ecole" das Geleite. Vor der Fakultät angelangt, deren Thore offen standen, drangen die Studenten in den Hof, wo sie vor dem Denkmal des Prof. Bichat ihre Stangen, Fahnen, Besenstiele und Trophäen niederlegten. Und indem sie die Hüte abzogen, riefen sie Alle im Chor: „Heiliger Geist, erleuchte uns!" Dann folgte ein ohrenbetäubendes: „Nieder mit Peyron!" Die Demonstration war gegen den Direktor Peyron wegen seiner angeblichen parteiischen Verwaltung des obengenannten Spitals in Szene gesetzt worden.

Ein neuer Fernsprech-Apparat. In Philadelphia wurden neulich Versuche mit einem neuen Telephon, dem sogen. Kundson-Telephon gemacht, worüber dem „Bund" folgendes berichtet wird: Dieses Telephon ist ein rein akustischer Apparat. Aeußerlich ist es einem Uhrgehäuse ähnlich. An Stelle des Zifferblattes sieht man eine durchlöcherte Nickelscheibe von etwa 2½ Zoll Durchmesser, welche auf einem äußerst empfindlichen Diaphragma ruht. In der Mitte der Scheibe ist ein Draht angebracht, der wie ein Telegraphendraht, nach einem anderen Gebäude führt. Wenn man das Instrument zu gebrauchen wünscht, so klopft man an den Kasten; sobald man Antwort erhält, kann man in gewöhnlicher Weise auf die Nickelscheibe sprechen, braucht aber dabei nicht davor zu stehen, sondern kann mehrere Fuß von dem Kasten entfernt bleiben. Die Worte sind am anderen Ende der Linie von Allen hörbar, die weniger als 20 Fuß vom Instrument entfernt sind. Will man sich vertraulich unterhalten, so braucht man nur zu flüstern. Selbst das Ticken einer Uhr kann man deutlich hören, doch kann man das Instrument nur auf etwa ¾ Stunden Entfernung gebrauchen. Sein Vorzug besteht darin, daß keine Elektrizität erforderlich und seine Herstellung billig ist; auch geräth es nur sehr schwer außer Ordnung.

Die Cholera in Battaglia. Aus Padua, 1. d., schreibt man: Die Cholera scheint auch dieses Jahr noch nicht definitiv Abschied von uns nehmen zu wollen. Von Zeit zu Zeit kommen bald aus diesem, bald aus jenem Orte Italiens Nachrichten von Cholerafällen, die, wenngleich bisher vereinzelt bleibend, doch die Furcht erwecken, die Seuche könne mit Anbruch der dieselbe begünstigenden wärmeren Jahreszeit festen Fuß fassen. Am 26. verflossenen Monats wurden zwei verdächtige Krankheitsfälle aus dem Orte Battaglia bei Padua (im Distrikte von Monselice) gemeldet, die jedoch anfänglich für Cholera nostras erklärt wurden. Am 27. folgten fünf, am 28. drei, bis zum 31. zwei weitere Fälle. Von den fünf lethal verlaufenen wurden drei als Cholera asiatica konstatirt, während die zwei anderen für choleraverdächtig erklärt wurden. Battaglia, der wegen seiner warmen Schwefelquellen bekannte Badeort, ist ein reines, freundliches Städtchen von tausend Einwohnern, das bisher von der Cholera stets verschont blieb. — Eine vom Ministerium des Innern entsandte Kommission ordnete energische Handhabung der für choleraverdächtige Orte bestehenden Vorsichts- und Kontumaz-Maßregeln an.

Eine schreckliche Tragödie spielte sich am Sonnabend Abend im Ostende Londons ab. Als der 52jährige Daniel Smith Abends nach Hause kam, begann er einen Zank mit seinem Weibe, der bald in eine Schlägerei ausartete, in welcher Smith die brennende Paraffinlampe ergriff und seiner Frau an den Kopf warf. Die Lampe traf die Unglückliche mit großer Gewalt und explodirte sofort. In einem Augenblick war sie in Flammen gehüllt und ihr herzzerreißendes Geschrei brachte bald Beistand. Die Flammen wurden zwar so schnell als möglich gelöscht, doch war die Frau im Gesicht und am ganzen Körper mit Brandwunden bedeckt, denen sie im Londonener Hospital heute früh erlegen ist. Smith wurde bald nach der unmenschlichen That verhaftet und äußerte noch auf seinem Wege nach der Polizeistation mit einem Schwur: „Ein gut Ding, wenn ich sie umgebracht habe." Die Auslassungen der sterbenden Frau mußten im Hospital vom Richter entgegengenommen werden, und noch in ihren letzten Augenblicken suchte sie den Unmenschen, ihren Ehemann, zu schützen, indem sie mit kaum vernehmbarer Stimme sagte: „Ich glaube, es war ein Zufall."

Friedrichsstraße Nr. 41/42 liegend und aus einer Kopfwunde stark blutend vorgefunden, so daß er mittelst Krankenwagens nach der Charitee gebracht werden mußte. Derselbe gab an, mit Gewalt aus dem im genannten Hause befindlichen Schanklokal entfernt und dabei verletzt worden zu sein, während derselbe nach Aussage von Zeugen in der Trunkenheit gefallen ist und dabei sich die Wunde zugezogen hat. — Am 8. dieses Monats, Nachmittags, wurde die Feuerwehr zur Löschung eines Gardinenbrandes nach der Wilhelmstraße Nr. 82 und etwas später nach der Breslauerstraße Nr. 28 gerufen, wo im Lagerraum eines Materialwaarenhändlers Feuer ausgebrochen war. — Abends entstand im Hause Pallisadenstraße Nr. 16 Feuer, indem die Balkenlage unter einer Kochmaschine in Brand gerieth. Die Feuerwehr war auch hier, jedoch nur kurze Zeit in Thätigkeit. — In der Nacht zum 9. d. Mts. machte eine Dame in ihrer Wohnung in der Charlottenstraße den Versuch, sich zu vergiften. Sie wurde auf ärztliche Anordnung nach der Charitee gebracht.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Der Bau des Nord-Ostseekanals spornt die alte Hansestadt Lübeck an, da sie die Wirkungen dieses Kanals für Lübeck fürchtet und um den Schwerpunkt des Binnenhandels in der Ostsee zu behalten, den Trave-Elbkanal recht rasch zur Ausführung zu bringen. Die Herstellung dieses Kanals wäre für das Königreich und die Provinz Sachsen, auch für Brandenburg von Bedeutung. Die Verbindung Mitteldeutschlands mit der Ostsee ist bis jetzt keine besondere gewesen; die Massengüter konnten nur sehr schwer und zu hohem Preise dorthin befördert werden, sodaß die baldige Ausführung dieses Kanals von großem Vortheil auch für die obengenannten Landestheile ist. Durch den projektirten Nord-Ostseekanal ist endlich der Stein ins Rollen gekommen und wird Norddeutschland nun wohl bald ein ausgedehntes rationelles Kanalnetz erhalten.

An der Enneperstraße, so nennt man die ungemein gewerbreiche Gegend zwischen Elberfeld-Barmen und Hagen, geht es jetzt in der einst so blühenden Werkzeugproduktion recht schlecht. So verdienen die Handschloßarbeiter nur 7 bis 9 M. gegen 20—25 im Jahre 1879. Die Klingenschmiede erhalten jetzt 12—15 M. gegen 21—28 M. im oben genannten Jahre. Eine große Zahl von Arbeitern ist arbeitslos. Früher bestellten die Amerikaner eine Unmasse sogenannter Hauer, um das Zuckerrohr zu ernten. Diese Bestellungen haben aufgehört, da die Klingen allzu schlecht ausfielen. Als man sich nunmehr befleißigte, gut gestählte Klingen zu liefern, kam das Verbot der Einfuhr des amerikanischen Schweinefleisches. Und nun kaufen die Amerikaner dort ihre Klingen, wohin sie ihr Fleisch ausführen. So Du mir, so ich Dir! Die Arbeiter aber müssen bei solchen Kämpfen immer am meisten leiden.

Die metallurgische Krise ist eine internationale. Der Rückgang tritt am drastischsten in dem Hauptsitz der Eisenindustrie, in England hervor. Im Januar 1886 wurden in Middlesbrough nur 46,371 Tonnen Cleveländer Roheisen verschifft. Es ist dies die kleinste Quantität, die exportirt wurde, seitdem Middlesbrough das Zentrum für die Versorgung der Welt mit billigem Roheisen geworden. Etwa 70000 Tonnen ist die Durchschnitts-Quantität gewesen, die seit einer langen Reihe von Jahren monatlich verschifft wurde. Die einzige Ausnahme hatte bisher nur der Monat Dezember von 1885 gemacht, in welchem Monat der Export nur 57421 Tonnen erreichte. Die Zeche zahlen bei solchen Stockungen der Produktion immerdar die Arbeiter, die als ihren Entbehrungslohn anstrengendere Arbeit, niedrigere Löhne, Arbeitslosigkeit zu ernten pflegen.

Zu den Weltausstellungen. Während bei uns die Zeit verstreicht, ohne daß ernstliche Anstrengungen in Bezug auf die nationale Ausstellung in Berlin gemacht werden, ist in Paris der Plan für die allgemeine Ausstellung im Jahre 1889 schon auf der Grundlage der Mitwirkung einer Garantiegesellschaft festgestellt worden. Von dem auf 40 Millionen Franks bemessenen Garantiekapital werden 20 Millionen von dieser Gesellschaft, 12 Millionen vom Staat und 8 Millionen von der Stadt Paris beigesteuert.

Die Lage der Montanindustrie in Preußen hat sich im letzten Jahre wesentlich verschlechtert. Von 1880 bis 1884 fand eine Aufwärtsbewegung der Bergarbeiterlöhne statt. Dieselbe ist 1884 zum Stillstand gekommen und befindet sich seit vorigem Jahre in einer rückläufigen Bewegung.

Das Wort des Fürsten Bismarck von der Verstaatlichung von Grund und Boden hat fruchtbaren Boden gefunden. So sind seitdem schon mehrere Broschüren erschienen, welche sich mit der Frage beschäftigen. Unter denselben befindet sich eine mit der Ueberschrift: „Der Untergang der Landwirthschaft" (Mosche in Glogau), welche positive Vorschläge macht. Der Verfasser sieht die einzige Hilfe für die Landwirthschaft in der Verstaatlichung des Grundbesitzes durch Verstaatlichung des Realkredits. Sei es durch Bepfandbriefung des Grundbesitzes bis zum wirklichen Werth des jetzt geltenden niedrigen Zinsfußes, sei es durch Verwandlung des bisher freien Eigenthums in staatsrentenpflichtiges, veräußerbares Eigenthum, nicht mehr gefährdet durch Hypothekenkündigungen und ihre unverhältnißmäßigen Kosten und nicht mehr gefährdet durch dem Gläubiger zu Gebote stehende Erhöhung des Zinsfußes. Die Kosten des Verfahrens könnten gedeckt werden durch den von den Landschaften aufgesammelten, nach Lage der Gesetze unverwendbaren eigenthümlichen Fonds.

Ueber das Lebensalter der verschiedenen Stände sind in Bezug auf Berlin die Forschungen von Kaspers von großem Interesse. Dieser ermittelte das von 2000 Stadtarmen erreichte Durchschnittsalter und verglich es mit der mittleren Lebensdauer von 713 Mitgliedern fürstlicher und gräflicher Familien zu Berlin.

Diese Zahlen reduzirte er auf 1000 und fand:

Von 1000 Mitgliedern der fürstlichen und gräflichen Familien lebten

bis zum 5. Lebensjahre	943,	— von den Stadtarmen	655,
„ „ 20. „	886,	— „ „ „	566,
„ „ 50. „	557,	— „ „ „	338,
„ „ 70. „	235,	— „ „ „	117,

und über das 90. Jahr hinaus lebten von den Adelsfamilien noch 15 Mitglieder, während von Stadtarmen nur noch vier ihr Leben dahinschleppten.

Zur inneren Kolonisation. Unsere Leser wissen, daß gerade die Sozialdemokraten der inneren Kolonisation das Wort immer schon geredet haben, als alle übrigen Parteien darüber sich noch recht gründlich ausschwiegen. Natürlich bilden die „Arbeiterkolonien" nur einen unbedeutenden Theil von dem, was man innere Kolonisation nennt; auch wird in den jetzigen Arbeiterkolonien viel zu viel in Orthodoxie gemacht und die dortigen Insassen in einseitiger Weise geistig beeinflußt, als daß man ein besonderes Wohlgefallen an solcher inneren Kolonisation haben könnte. Wir verstehen unter innerer Kolonisation die Urbarmachung des Oedlands, die Aufforstung von Abhängen, von allerlei Landesmeliorationen, und zwar dies Alles durch den Staat unter Gewährung eines auskömmlichen Lohnes an die dabei beschäftigten Arbeiter. Es würde dadurch ein Theil der Vagabundenfrage gelöst und auch die Lohnfrage günstig beeinflußt. — Nun lesen wir, daß auf der Generalversammlung des Allg. deutschen Bauernvereins, der eine deutsch-freisinnige Gründung ist, am letzten Freitag in Berlin über innere Kolonisation der bekannte Bauernapostel und Gutsbesitzer Wissor einen längeren Vortrag gehalten hat, der in einer Resolution zusammengefaßt wurde. In dieser Resolution heißt es: „Die endliche Beschreitung des Weges der einheimischen Kolonisation ist im wirthschaftlichen, sozialen und politischen Interesse der deutschen Nation, hauptsächlich zur Bekämpfung der durch sozialistische und anarchistische Agitationen drohenden Gefahren, dringend erforderlich. Die Ausdehnung dieser Kolonisations-Bestrebungen muß sich auf alle Theile des Vaterlandes erstrecken, welche Raum für diese Zwecke darbieten." — Die Sozialdemokratie soll also bekämpft werden durch eine Idee, die sie selbst anstrebt. Damit kann dieselbe sich einverstanden erklären. Dem deutsch-freisinnigen Herrn Wissor geben wir überhaupt den Rath, aller Noth, allem Elend im Lande ein Ende zu bereiten, dazu noch den Menschen „Freiheit und Gleichheit" zu schaffen, dann noch etwas Brüderlichkeit dabei zu thun und dergleichen mehr, dann hat er die Welt von den Sozialdemokraten gründlich kurirt.

Die Spartheorie und die Sparpraxis. Aus Königsberg erhält das „Recht auf Arbeit" folgende interessante Zuschrift: „Die Pfennigsparkassen bieten Euch Gelegenheit, jeden überflüssigen Pfennig für Zeiten der Noth anzulegen" u. s. w. Diese und ähnliche Aufforderungen kann man seit ungefähr 2 Jahren als ständige Annonze im hiesigen Straßenanzeiger lesen. Hin und wieder bringen auch die hiesigen Zeitungen Quartals- und Jahresberichte über den finanziellen Stand der Pfennigsparkassen, welche regelmäßig mit dem Appell an die „wohlgesinnten" Herrschaften und Arbeitgeber schließen, ihre Dienstboten und Arbeiter beständig dazu anzuhalten, von der segensreichen Einrichtung Gebrauch zu machen und die Tugend des Sparens stets zu üben. An den Herrn Direktor einer der größten Maschinenfabriken am hiesigen Orte trat unlängst einer seiner Arbeiter (ein junger Maschinenbauer) mit der Bitte heran, ihm ein Führungsattest auszustellen, welches er zur Erreichung von Stipendien, zum Besuche eines Technikums brauchte. „Mit 50 Mark monatlicher Stipendien können Sie doch nicht leben und Ihr Studium durchführen," erwiderte der Direktor. — „Ich habe mir etwas gespart," war die freudige Antwort des Arbeiters, „2000 Mark!" — „2000 Mark?" — Jedenfalls erwartete der Tugendbold auf dem Gebiete der Sparpraxis, der Herr Direktor als Spartheoretiker würde vor Freuden einen Purzelbaum schlagen und ihm zum Mindesten ein goldgerändertes Anerkennungsschreiben des hiesigen Pfennigsparkassen-Kuratoriums bei nächster passender Gelegenheit feierlichst überreichen lassen. Nichts von alledem. — „2000 Mark und in welcher Zeit? — „In vier Jahren!" — „Und in der Zeit sind Sie noch ein halbes Jahr krank gewesen? Rechnen wir also rund 3 Jahre! Unerhört! — — — — In der bald darauf folgenden Konferenz der Meister aus besagter Fabrik machte der Direktor den Meistern die heftigsten Vorwürfe, indem er bemerkt haben soll, er habe als Techniker, also Lohnarbeiter nicht sparen können, wenn ein Arbeiter sich in kurzer Zeit ein Vermögen erspart habe, sei das ein Beweis, daß die Meister zu hohe Löhne und Akkordpreise anrechnen, die Löhne müssen herabgesetzt werden. Man kann sich die Stimmung in den betheiligten Arbeiterkreisen nach diesem Auftritt denken. Lohnreduktionen bei Durchschnittslöhnen von 2,50 M. für die Schlosser und 1,80 M. für die Hilfsarbeiter pro Tag. Und weshalb? Weil ein Arbeiter sagt, er habe 2000 M. gespart. Gesetzten Falles, dies beruhe auf Wahrheit, der Arbeiter habe wirklich in der angegebenen Zeit sich 2000 M. erspart, so hätte er, um seine Kollegen nicht zu schädigen, einfach hinzufügen müssen, unter welchen Umständen es ihm möglich gewesen sei, solch' große Ersparnisse zu machen: 1) daß er, da er ja auch unbestritten ein geschickter Arbeiter ist, den höchsten Lohn und, weil er auf die Maschinenfeile, welche er fertigt, sich Jahre lang eingearbeitet hat, den höchsten Akkordpreis (circa 30 Mk. pro Woche) erzielt; 2) daß er unverheirathet ist und Essen nebst Logis entweder umsonst oder um ein Geringes von den Eltern erhält. Nun sei dem, wie ihm sei, ob „gespart" oder, um sich in ein gutes Licht zu setzen, geflunkert, unser Spartheoretiker und seine Mitarbeiter wissen jetzt jedenfalls, wozu es führen würde, wenn alle Arbeiter im Stande wären, zu sparen, was unter dem modernen Lohnsystem (unter dessen Herrschaft der Lohn stets um den ortsüblichen Betrag, welcher zur Ernährung einer Arbeiterfamilie nothwendig ist, schwankt) nur dann möglich wäre, wenn die Arbeiter eine Stufe tiefer in der Kultur herabsteigen würden. Dann also, wenn dieser Fall eingetreten wäre, wenn wir unsere Bedürfnisse ungefähr auf das Maß des Bedürfnisses eines Wittinnen oder Wasserpolacken im grauen Kittel und Bastschuhe an den Füßen herabgeschraubt und in Folge dessen Ersparnisse gemacht hätten, dann hieße es: „Die Löhne müssen herabgesetzt werden!" — Nun, im vorliegenden Falle scheint der Herr Direktor von der harten Maßregel der Lohnherabsetzung Abstand genommen zu haben, jedenfalls haben ihm die Meister, von denen einige in der Fabrik grau geworden sind, den Sachverhalt klargelegt und bewiesen, daß, wollen sie gute und solide Arbeit, wie sie die Fabrik thatsächlich liefert, auch fernerhin schaffen, eine Herabsetzung der Löhne und Akkordpreise nicht möglich sei. — Diese Mittheilungen aus Königsberg sprechen nicht allein gegen die Spartheorie, sondern auch gegen die Akkordarbeit.

Fr. Rohleder's Bureau in München, Heßstraße 31. Die Arbeiter-Fachvereine werden ersucht, sich an der Arbeiterstatistik ununterbrochen zu betheiligen und regelmäßig alle Vierteljahre Berichte nach folgendem Frage-Schema an das Bureau für Arbeiterstatistik einzusenden:

1. Wie viel Mitglieder zählt der Verein?
2. Wie viel Berufsgenossen sind am Ort a) männliche, b) weibliche, c) jugendliche (Lehrlinge)?
3. Wie viel zur Zeit arbeitslos?
4. Wochenlohn a) der höchste, b) der niedrigste, c) der Durchschnittslohn?
5. Wie viel Berufsgenossen arbeiten zum Durchschnittslohn? Wie viel verdienen mehr? Wie viel weniger als den Durchschnittslohn?
6. Arbeitszeit a) die höchste, b) die niedrigste, c) Durchschnitts- (übliche) Wochenarbeitszeit?
7. Wie viele arbeiten a) die übliche, b) mehr c) weniger als die übliche Arbeitszeit?

Bemerkungen über Sonntags-, Nacht- und Ueberarbeit, Preise der Lebensmittel und Wohnungen (Jahreshaushaltsbudgets), Unternehmergewinn u. a. sind stets erwünscht und werden benützt. Die Ergebnisse dieser Berichte werden, wie bisher, in den in Arbeiterkreisen gelesensten Zeitungen veröffentlicht. Die Fachvereine handeln im eigensten Interesse, wenn sie sich möglichst vollzählig betheiligen!

Besondere Werkstattfragebogen sind, das Hundert zu 4 M. nach wie vor durch das Bureau, sowie alle Filialen und Kolporteure zu beziehen. Der statistische Quartalsbeitrag ist auf 3 Mark festgesetzt.

Nürnberg, 8. Februar. (Privatmittheilung des „Berliner Volksblatt.") Streik der Zwicker. — Bauhandwerkerbewegung. In der Max Brust'schen Schuhfabrik haben die sämmtlichen Zwicker, 17 an der Zahl, am 6. Februar wegen 40prozentiger Lohnreduktionen die Arbeit eingestellt. Für 1 Dutzend Filz- oder Lederschuhe, das bisher mit 1 Mark bezahlt wurde, sollen jetzt z. B. blos 60 Pfennig gegeben werden. Vor 3 Jahren bereits fand eine Lohnherabsetzung von 1,30 Mark auf 1 Mark statt. Wollten also die Arbeiter nur annähernd wieder dasselbe verdienen, so müßten sie entsprechend mehr Arbeit leisten. Nun ist aber die Arbeitsexploitation bereits eine solch intensive, daß dies eine bare Unmöglichkeit ist. Es gehört eine geradezu aufreibende Anstrengung dazu, 30 Dutzend Schuhe wöchentlich zu „zwicken." Viele Arbeiter dieses Musterunternehmers sind an den Folgen der Ueberarbeit erkrankt! Bei einer täglichen Arbeitszeit von Morgens 6, auch 5 Uhr bis Abends 9, 10 Uhr im Sommer, und Sonntags bis Mittag, bei einer 96stündigen „Arbeitszeit pro Woche" (thatsächlich sind es ein und eine halbe Woche), beträgt der Durchschnittswochenlohn der fleißigsten Arbeiter 26—30 Mark, wovon für Auslagen (Stifte 2c.) noch etwa 4 Mark abgehen. Während der Wintermonate, jetzt z. B. schon seit 6 Wochen vor Weihnachten beläuft sich der Wochenverdienst bei verkürzter Arbeitszeit auf nicht mehr als 8—11 Mark, sodaß sich ein wöchentliches Durchschnittseinkommen, für das ganze Jahr gerechnet, von 19 Mark ergiebt; davon sind aber die Auslagen noch in Abzug zu bringen. Den Arbeitern, die sich weigern, auf solche Weise den Entbehrungslohn des Herrn Brust noch zu steigern, drohte man mit der Einstellung von „Buben", die für 4 Mark pro Woche arbeiten würden. Die Streikenden bitten lediglich um Fernhaltung des Zuzugs. — Die Bauhandwerker Nürnbergs beabsichtigen, mit Eintritt der günstigen Jahreszeit eine Bewegung zu Gunsten einer zehnstündigen Arbeitszeit und einer fünfzehnprozentigen Lohnerhöhung zu inszeniren. Die Aussichten sind günstig, da die Bauthätigkeit in diesem Jahre eine bedeutende zu werden verspricht. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Krankenversicherung der Arbeiter in Oesterreich. Der Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der Arbeiter, welchen die Regierung im Abgeordnetenhause eingebracht hat, liegt nun vor. Derselbe ist mit Ausnahme einer einzigen Einschaltung im § 1 wörtlich gleichlautend mit dem Entwurfe, welchen die Regierung in der früheren Session des Abgeordnetenhauses vorgelegt hatte. Im Zusammenhange mit dem Unfallversicherungs-Gesetze wird der Grundsatz ausgesprochen, daß alle Arbeiter und Betriebsbeamten, welche gegen die Folgen von Unfällen beim Betriebe versichert werden, auch gegen Krankheiten versichert werden. Es gilt also auch hier der Grundsatz der obligatorischen Versicherung. Die Krankenversicherung soll aber nicht auf jene Arbeiter, für welche die Unfallversicherung eingeführt wird, beschränkt, sondern auf die Arbeiter und Betriebsbeamten ausgedehnt werden, welche in einer unter die Gewerbe-Ordnung fallenden oder in einer sonstigen gewerbemäßig betriebenen Unternehmung, ferner bei Eisenbahn- und Binnen-Dampfschifffahrtsbetriebe beschäftigt sind. Die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter sind von der Krankenversicherung ebenso ausgenommen wie von der Unfallversicherung. Die Organisation der Krankenversicherungs-Verbände ist anders geregelt als bei der Unfallversicherung. Die auf Grund der Gewerbenovelle eingerichteten Krankenkassen, ferner die Bruderladen und Knappschaftskassen werden vom Gesetze ausgenommen, d. h. die Mitglieder dieser Kassen sind nicht verpflichtet, den neu zu errichtenden Krankenkassen anzugehören. Auch die Mitglieder der frei errichteten Krankenkassen sind ausgenommen, unter der Voraussetzung, daß diese Kassen wenigstens die gesetzliche Minimalleistung gewähren. Unter den neu zu errichtenden Kassen stehen in erster Reihe die Betriebs-Krankenkassen, welche für die in den betreffenden Betriebe versicherungspflichtigen Personen bestimmt sind. Die bestehenden Fabrik-Krankenkassen haben sich den Bestimmungen des neuen Gesetzes anzupassen. Für alle versicherungspflichtigen Personen, welche bei keiner der erwähnten Kassen gegen Krankheit versichert sind, sollen Bezirks-Krankenkassen (in der Regel am Sitze jedes Bezirksgerichtes) errichtet werden. Für alle Kassen gilt der Grundsatz der Selbstverwaltung durch die Versicherten und je nach den Beiträgen auch durch die Arbeitgeber. Alle Kassen stehen unter staatlicher Aufsicht.

Ein recht verständiges Urtheil über die gegenwärtige Lage in Frankreich fällt das „Leipz. Tagebl.", eine ganz rechts stehende nationalliberale Zeitung. Aus dieser lassen wir hier die Schlußsätze folgen: „Es ist unzweifelhaft, daß die Dinge so nicht weiter gehen könnten, wie bisher, daß die Republik frei von allen beengenden Schranken und Rücksichten gegen alle Ueberlieferungen der Vergangenheit, ihre Lebenskraft erweisen oder der Monarchie wieder das Feld räumen muß. Das Thiers'sche Wort von der konservativen Republik hatte zu der Zeit, als es gesprochen wurd, seine volle Berechtigung, aber nach 15 Jahren muß eine Staatsform von Dauer entweder auf fester Grundlage errichtet sein oder ihre Lebenskraft geht zu Ende. Die Republikaner spotten seit 15 Jahren über die Republik ohne Republikaner; wenn sie also jetzt endlich Hand anlegen, um die letzten Spuren der Monarchie auszulöschen und dadurch die Hoffnungen der Monarchisten für nichtig zu erklären, so handeln sie nur konsequent. Es ist doch gewiß eine Anomalie, wenn in einer Republik die monarchistischen Bestandtheile der Armee mit größter Rücksicht behandelt und gehegt werden. Das hat einen Sinn, so lange die Staatsform noch neu ist; aber wenn sie ein halbes Menschenalter hindurch bestanden hat, dann muß auch die Armee Farbe bekennen, und die Offiziere, welche ihre Hoffnungen auf Wiederherstellung der Monarchie nicht aufgeben wollen, müssen ihre Chargen quittiren. Aber mit der Absicht unter republikanischem Kommando weiter dienen, jede Gelegenheit zur Wiederherstellung der Monarchie zu benutzen, ist kein ehrliches Spiel. Das gehört in dieselbe Kategorie, wie die Aufführung von Gefangenen, die auf Ehrenwort, nicht weiter zu kämpfen, in die Heimath entlassen werden und dann doch die Waffen aufs Neue ergreifen. General Boulanger setzt sich durch sein energisches Vorgehen gegen die monarchistischen Bestrebungen in der Armee in direkten Gegensatz mit der Handlungsweise eines Thibaudin und Disle; er verlangt als republikanischer Minister, daß die Offiziere entweder der Republik dienen, oder ihre Feindschaft gegen diese Staatsform offen bekennen. Das ist ganz in der Ordnung."

Kleine Mittheilungen.

Wien, 5. Februar. Ein schrecklicher Unglücksfall trug sich gestern halb 8 Uhr, Abends, im Hause, Stiftsgasse 4, zu. Um die genannte Stunde waren nämlich die zwei Töchter des Graveurs J. Gellhar, der in jenem Hause eine Parterrewohnung innehat, im Wohnzimmer mit Näharbeiten beschäftigt. Da explodirte plötzlich die auf der Nähmaschine stehende Petroleumlampe und die brennende Flüssigkeit ergoß sich über den Fußboden. Auf dem Boden spielte gerade Gellhar's Enkelin, der 2½jährige Gusti, das Kind seiner verheiratheten Tochter Frau Auguste Nechi. Gellhar's zweite Tochter, die 26jährige Marie sprang darauf mit einem markerschütternden Schrei von ihrem Sitz auf, um das Kind zu retten, allein dieses war bereits von seiner Mutter ergriffen und aus dem Bereich der Flammen gebracht worden. Bevor die unglückliche Marie noch zurück konnte, hatte die Flamme ihre Kleider ergriffen und im nächsten Augenblicke schon glich das bedauernswerthe Mädchen einer lebenden Fackel — vom Kopf bis zu den Füßen war sie in Flammen gehüllt. Ihre jüngere Schwester, die achtzehnjährige Emilie stürzte nun auf sie zu, um die Kleider vom Leibe zu reißen, aber ihr Opfermuth war vergebens; sie konnte der unglücklichen Schwester nicht mehr helfen und brachte sich selbst in die höchste Gefahr, so daß sie endlich selbst an den Händen schwer verletzt, Marie ihrem traurigen Schicksale überlassen mußte. Als endlich Hilfe kam, lag Marie mit schrecklich entstelltem Antlitze und den ganzen Körper mit größlichen Brandwunden bedeckt, bewußtlos auf dem Boden. Der Brand wurde von den Feuerwehren nach kurzer Anstrengung gelöscht und Marie Gellhar von der Rettungsgesellschaft ins Allgemeine Krankenhaus transportirt.

Briefkasten der Redaktion.

M. W. Ueber eine Versammlung können wir nicht ausführliche Berichte bringen. Jedenfalls hat Ihr Kollege, der uns den ersten Bericht schickte, Ihre Aeußerungen nicht für so wichtig gehalten, um sie in den Bericht mit aufzunehmen. Ueberhaupt haben wir wohl oft genug darauf hingewiesen, daß Berichte, sowie alles für den Druck Bestimmte, nur auf eine Seite des Papiers geschrieben werden darf.

Verantwortlicher Redakteur R. Cronheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 34. Mittwoch, den 10. Februar 1886. III. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

42. Sitzung vom 9. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher, von Burchard, v. Bronsart, v. Caprivi und Kommissarien.

In dritter Lesung werden die Etats des Bundesraths, des Reichstags, des Reichskanzlers, der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes unverändert genehmigt. Beim Etat des Reichsamtes des Innern (Auswanderungswesen) bemerkt

Abg. Lingens (Zentr.): Man hat mir vorgeworfen, ich hätte die Bremer Schiffe bei einer früheren Berathung zu sehr gelobt, und dem Herrn Staatssekretär v. Boetticher, seine Aeußerung, daß die deutschen Schiffe für den Transport von Auswanderern entschieden besser seien, als die anderer Nationen, sei unrichtig. Es wurde mir insbesondere mitgetheilt, bei der Einschiffung in Liverpool würden die weiblichen Passagiere nach dem Raum auf dem Hintertheil, die männlichen nach dem Vordertheil gewiesen, die Auswanderer logirten dann in Abtheilungen, welche 4—20 Bettstellen enthalten und auf vielen Schiffen durch Segeltuch getrennt würden. Auf vielen Schiffen befinde sich eine Bibliothek, die Bettstellen seien auf beiden Seiten des Schiffes angebracht, in der Mitte Tische und Bänke, wo die Auswanderer sich am Tage aufhalten und ihre Mahlzeiten einnehmen; es gebe ferner getrennte Waschräume für Männer und Frauen. Allerdings ist den deutschen Auswanderern die Fahrt über Liverpool, wenn sie mit Familie reisen, nicht anzurathen, weil die Reise von Antwerpen oder Hamburg nach Hull oder Grimsby und von da per Bahn nach Liverpool sehr beschwerlich ist. Dazu kommt, daß die englischen Schiffe, die von Hamburg diesen Transport besorgen, keine Ordnung und keine Absonderung für die weiblichen Passagiere haben. Mein und meiner Freunde Bestreben ist nur darauf gerichtet, Uebelstände zur Sprache zu bringen, wo wir sie finden, damit auch Besserung intrete. Davon wird man sich nachgerade hoffentlich auch in Hamburg überzeugen. Ich wünsche sehr, daß unsere deutschen Schiffe wie die englischen in allen Beziehungen gleich vortrefflich ausgestattet werden.

Zum „Statistischen Amt" liegt die Resolution von Baumbach und Schrader zur Beschlußfassung vor: Die Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage eine Denkschrift über die Durchführung und Wirksamkeit des Gesetzes über die Krankenversicherung vorzulegen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ohne der Beschlußfassung der verbündeten Regierungen vorgreifen zu wollen, kann ich mich mit dem Antrag einverstanden erklären, indem ich voraussetze, daß es doch dazu kommen wird, dem Reichstag über die Ausführung des Krankenkassengesetzes eine Mittheilung zugehen zu lassen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Beim Reichs-Gesundheitsamt bittet Abg. Möller darum, die Positionen in Zukunft eingehender zu spezialisiren, insbesondere die Forderung für Hilfsarbeiter und Dienstreisen.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich kann dem Vorredner nicht in Aussicht stellen, daß die Position, zu der er gesprochen, in den nächsten Jahren in getheilter Form erscheinen wird. Früher hat man die einzelnen Bedürfnisse, welche durch diese Position gedeckt werden, aus sehr guten Gründen zusammengefaßt, und ich habe kein dringendes Motiv vernommen, davon jetzt abzugehen. Das schließt natürlich nicht aus, daß man auf Wunsch eine Uebersicht darüber giebt, welche Beträge auf die einzelnen Bedürfnisse verwendet worden sind, und diesem Wunsche wäre man schon jetzt gerecht geworden, wenn wir eine Ahnung davon gehabt hätten, daß der Vorredner darüber unterrichtet zu werden wünschte.

Abg. Lingens wiederholt seine schon in zweiter Lesung ausgesprochene Bitte, das Reichs-Gesundheitsamt möchte doch Untersuchungen darüber anstellen, ob die Anlage von Kirchhöfen in der Nähe bewohnter Ortschaften wirklich so gesundheitsschädliche Folgen habe, wie dies von manchen Seiten behauptet werde; und ob man nicht den Kommunen die großen Ausgaben, die sie vielfach in Folge der Verlegung von Kirchhöfen hätten, künftig ersparen könnte.

Beim Reichs-Versicherungsamt beschwert sich Abg. Kroeber (Volksp.) über unklare Antworten desselben, so auf die Frage des Vorstandes der Holzindustrie-Genossenschaft, ob die Arbeiter auf den Holzplätzen an der Eisenbahn und Landeplätzen ihrer Genossenschaft oder der für Speicherei zuzutheilen seien. Möchte sich endlich auch der Staatssekretär des Innern bei Stephan für Portofreiheit der Zusendungen des Amtes an die Vorstände verwenden. Die Hoffnung, daß Bayern mit gutem Beispiel in Portoerleichterungen vorangehen werde, hat der bayerische Minister mit der Antwort durchkreuzt, daß er sich nach der Verwaltung der Reichspost richten werde. Gerade in Bayern schicken Bezirksämter selbst die Anmeldungen unfrankirt an die Vorstände.

Staatssekretär v. Boetticher: Ich bedauere, daß ich von den einzelnen Beschwerden über die Geschäftsführung und Praxis des Reichs-Versicherungsamtes nicht vorher unterrichtet worden bin; ich würde dann besser orientirt sein und vielleicht dem Vorredner einen ihn mehr zufriedenstellenden Bescheid geben können. Was schließlich den Wunsch nach Erweiterung der Portobegünstigungen der Berufsgenossenschaften anlangt, so bedauere ich, daß innerhalb des bestehenden Postgesetzes weitere Vergünstigungen, als durch das jüngste Zirkular des Herrn Staatssekretärs des Reichspostamts gegeben sind, unmöglich sind. Dagegen aber ist nichts zu erinnern, daß die Behörden ihre Korrespondenz mit den Berufsgenossenschaften unter der Rubrik „portopflichtige Dienstsache" ergehen lassen. In dieser Beziehung stehen die Berufsgenossenschaften nicht anders wie jeder Private, der auch in Korrespondenzen mit Behörden Anspruch darauf hat, durch den Vermerk „portopflichtige Dienstsache" auf dem an ihn gerichteten behördlichen Schreiben von dem Strafporto für unfrankirte Briefe befreit zu werden. Sollte man in dieser Beziehung im Reiche nicht überall gleichmäßig vorgehen, so glaube ich, bedürfte es nur einer Anzeige an die vorgesetzte Behörde, um Remedur eintreten zu lassen.

Abg. Baumbach hält die Zeit für eine eingehende Kritik des Reichsversicherungsamts und seiner Thätigkeit noch nicht für gekommen, konstatirt aber, daß auch ihm ähnliche Fälle wie die von Kröber angeführten bekannt seien.

Staatssekretär v. Boetticher: Ich werde gern überlegen, ob der Mittheilung des Berichts, den das Reichsversicherungsamt über die Geschäfte bis zum 31. Dezember 1885 erstattet hat, an den Reichstag irgend ein Bedenken entgegensteht. Dieser Bericht ist übrigens nicht mit dem identisch, dessen alljährliche Mittheilung an den Reichstag der § 77 des Unfallversicherungsgesetzes ausdrücklich vorsieht, und der die Rechnungsergebnisse eines Rechnungsjahres zusammenstellt. Dieser Bericht läßt sich selbstverständlich noch nicht aufstellen, weil der Bundesrath beschlossen hat, die Erhebung der Umlagen für 1886 stattfinden zu lassen. Der Inhalt des Berichts, der jetzt vorliegt, bietet gar keinen Anlaß, ihn der Oeffentlichkeit vorzuenthalten. Was die Wahl der Vertreter der Arbeiter anlangt, so steht § 90 den Fall vor, daß, wenn nicht rechtzeitig die Wahl der Vertreter der Arbeiter resp. der Vertreter der Unternehmer erfolgt ist, das Reichsversicherungsamt auch ohne diese Vertreter die in der Regel mit ihrer Zuziehung zutreffenden Entscheidungen erlassen darf. Verlegenheiten können also nicht entstehen, inzwischen ist die Wahl der Vertreter im besten Gange, und wenn ich nicht irre, werden im Laufe dieses Monats die letzten Wahlen abgehalten werden, so daß anzunehmen ist, daß etwa vom Monat April ab das Reichs-Versicherungsamt auch nach der Richtung der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer kompletirt sein wird. Den Beamten eine besondere Entschädigung zu gewähren dafür, daß sie in Folge des Unfallversicherungs-Gesetzes außer Thätigkeit gekommen, hat der Bundesrath abgelehnt, und ich meine, daß die Parallele mit den Spiritus Interessenten, welche durch das Branntweinmonopol außer Thätigkeit gesetzt werden, doch nicht so ganz paßt, denn bei diesen Interessenten handelt es sich darum, daß ein bestimmter Geschäftszweig ausschließlich vom Staate übernommen wird, und daß er also in toto aus der freien Thätigkeit der Privaten herausfällt. Anders liegt die Sache hier. Das Unfallversicherungswesen ist keineswegs vollständig lahmgelegt, im Gegentheil, wir haben die Gründung von neuen Unfallversicherungs-Unternehmungen auch nach unserem Gesetz erlebt. Unter solchen Umständen ist ein Anspruch, durch den Staat entschädigt zu werden, nicht anzuerkennen. Es wird dem einzelnen Beamten in vielen Fällen unschwer gelingen, anderwärts unterzukommen, und so weit wir ihm dabei behilflich sein können, werden wir es nach wie vor thun.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Militäretat wird ein Antrag Krug v. Nidda, die in zweiter Lesung gestrichene Forderung von 30 950 Mark zur Erhöhung der Zahlmeister-Gehälter in den Etat wieder einzustellen, angenommen, nachdem v. Huene, Hänel und Kalle den Antrag aus Billigkeitsgründen empfohlen haben.

Abg. v. Saldern-Ablimb äußert sein lebhaftes Bedauern über die in zweiter Lesung abgesetzte Forderung zur Erhöhung der Rationen für die Militärdienstpferde. Zwar wolle er nicht einen Antrag auf Wiederherstellung der Position einbringen, da derselbe doch keine Majorität finden würde; doch hoffe er, das Haus werde wenigstens im nächsten Jahre eine analoge Forderung anstandslos bewilligen.

Abg. von Wöllwarth spricht sich in gleichem Sinne aus.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Die Regierungen fordern allerdings nur das, was sie nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung zur Fortsetzung einer guten Verwaltung für nöthig halten. Die Regierung wird allerdings im nächsten Jahr ihre Forderung wiederholen.

Das Haus bewilligt die ordentlichen Ausgaben des Militäretats im Uebrigen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung; ebenso die des Marine- und des Justizetats.

Beim Etat des Reichsschatzamts haben zum Titel „Münzwesen" v. Huene, v. Schalscha, v. Kardorff und Genossen beantragt, die Regierungen zu ersuchen, der Währungsfrage erneut die eingehendste Prüfung zu Theil werden zu lassen und dem Reichstage von dem Resultate dieser Prüfung Mittheilung zu machen.

Abg. v. Huene weist darauf hin, daß die Entwickelung der Währungsfrage es zur dringendsten Nothwendigkeit für den Reichstag mache, Stellung dazu zu nehmen.

Abg. Leuschner: Ich hoffe, selbst der Abg. Bamberger wird der Resolution zustimmen können. Sollte dieselbe aber gleichwohl nicht angenommen werden, so würden wir sie immer von Neuem hier wiederholen müssen. Ich bin überzeugt, das Resultat der anzustellenden Ermittelungen wird im Sinne der Doppelwährung ausfallen. Die Resolution, die wir vorgeschlagen haben, engagirt nach keiner Seite. Es werden deshalb auch die Anhänger der Goldwährung und die, welche sich über diese Frage noch nicht schlüssig gemacht, derselben zustimmen können.

Staatssekretär v. Burchard: Der Reichskanzler wird, wenn die Resolution beschlossen wird, dieselbe zur Kenntniß der verbündeten Regierungen bringen. Was mich veranlaßt hat, zu diesem Initiativantrage überhaupt das Wort zu ergreifen, ist, daß der Antrag von einer nicht ganz zutreffenden Voraussetzung ausgeht. Ich glaube versichern zu können, daß bei keiner der größeren Bundesregierungen diese hochwichtige Frage der Währung je von der Tagesordnung verschwunden ist. Wenn das Haus es für richtig hält, eine besondere Aufforderung an die verbündeten Regierungen zu richten, so muß ich das lediglich der Entscheidung des Hauses anheim geben.

Abg. Woermann: Nach der Erklärung, welche Herr v. Burchard abgegeben, brauche ich wohl kaum zu sagen, daß wir der Resolution trotz ihres harmlosen Wortlautes nicht zustimmen werden. Wir halten es für richtig, daß das Land sich beruhigt. Durch die beständige Agitation der Bimetallisten ist eine Unruhe entstanden, unter welcher der Handelsstand schwer leidet. Nach der Erklärung des Herrn v. Scholz waren wir der Meinung, daß nun eine Beruhigung Platz greifen werde, und daraus erklärt sich die große Befriedigung, die jene Rede hervorrief. (Abg. v. Kardorff: Das glaube ich!) Sie werden von mir nicht eine lange wissenschaftliche Auseinandersetzung erwarten, die muß ich den Männern überlassen, die sich gründlich mit der Währungsfrage beschäftigen. Ich bin nur im Stande, diese Frage von der Seite des praktischen Lebens zu behandeln, nach der Erfahrung, die mir das tägliche Leben geboten hat. England wünscht allerdings, daß alle Kontinentalstaaten sich zur Doppelwährung bekehren möchten, aber nur aus dem Grunde, weil dann ihm allein die Vortheile aus dieser Aenderung im Münzwesen zufallen würden, weil es selbst nicht daran denkt, die Goldwährung aufzugeben. England will auf diesem Wege die Stellung auf dem Weltmarkt zurückerobern, welche es vor der Einführung der Goldwährung bei uns besessen. Es wird jetzt viel geredet von der Gründung einer überseeischen Bank. Aber eine solche ist gar nicht möglich ohne die Goldwährung und ohne dieselbe werden wir uns auch niemals vom Londoner Geldmarkt emanzipiren können. Deshalb werden wir gegen die Resolution stimmen.

Gegen 5 Uhr wird die Berathung vertagt bis Mittwoch 1 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 9. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische v. Puttkamer, Friedberg und Kommissarien.

Die Spezialberathung des Etats des Ministerium des Innern wird fortgesetzt mit dem Kap. 94: Landgendarmerie".

Abg. Wehr (Deutsch Krone, freikons.) empfiehlt Namens der Kommission die Vermehrung der Gendarmerie um 28 berittene und 56 Fußgendarmen in den Ostdistrikten der Monarchie, d. h. um je einen berittenen und zwei Fußgendarmen für die 28 östlichen Grenzkreise.

Abg. Jaeckel (Landrath des westpreußischen Kreises Strasburg, freikons.): Die Ueberwachung der östlichen Grenze erheischt dringend eine Vermehrung des Ueberwachungspersonals, um dem Anwachsen der Ueberläufer aus Russisch-Polen gewachsen zu sein. Die Verhältnisse des Kreises Strasburg haben mir die dringende Nothwendigkeit derjenigen Maßregeln bewiesen, welche uns in den Debatten der letzten Zeit besonders lebhaft beschäftigt haben, ja sogar den Reichstag, obwohl derselbe doch hätte etwas zurückhaltender sein sollen. Die Pflichten der Ortspolizei sind in den Grenzdistrikten ganz besonders gesteigert, namentlich in sanitäts- und veterinärpolizeilicher Hinsicht und zur Verhinderung des Schmuggels. Da langen die vorhandenen Kräfte nicht aus, und schon seit Jahren wird mit gutem Grunde wegen steigender Ueberbürdung geklagt. Bedenken Sie: salus publica suprema lex! und bewilligen Sie die Vermehrung! (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Zentrum): Wenn uns die verheißenen Polenvorlagen beschäftigen werden, wird es auch an der Zeit sein, dem Vorredner zu antworten. Das aber zeigt sich als unumgänglich nöthig, daß uns die Regierung ein vollständiges statistisches Material zugehen läßt über Zahl ꝛc. der Ausgewiesenen, namentlich auch darüber, welcher Religion die Ausgewiesenen und deren Angehörigen sind. Dadurch kommen wir erst aus dem Bereich allgemeiner Behauptungen auf konkretes Gebiet. So lange die Statistik nicht gegeben wird, finde ich, daß etwas zu verheimlichen ist. (Widerspruch rechts.) Wenn die Polizei nicht genügt, so muß sie vermehrt werden, und wir werden dafür stimmen, aber es fehlt auch hier der Nachweis. Daß in den betreffenden Gegenden nicht das genügende „Material", wie der Herr die zur Selbstverwaltung berufenen Organe zu bezeichnen beliebte, vorhanden sei, ist mir neu; sollte dies der Fall sein, so hätten wir die Organisation der Selbstverwaltung nicht zur richtigen Zeit dort eingeführt. Soll der Gendarm den Amtsvorsteher ergänzen, so wäre dies eine weitere Verurtheilung der für jene Gegenden geschaffenen Selbstverwaltung; das werden wir uns für die Provinzen, wo sie noch eingerichtet werden soll, ad notam nehmen. Wir wollen den Nachweis, ob Gendarmen nöthig sind, um den Zuzug zu verhindern; aber zu Ausweisungen bewilligen wir sie nicht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Meyer-Arnswalde (kons.): Die Gendarmen sind die nothwendige Ergänzung der Selbstverwaltung, da ihr die Exekutive fehlt, ohne welche das Laienregiment gar nichts auszurichten im Stande ist. Nach und nach ist nun die Erkenntniß durchgedrungen, daß die Gendarmen vermehrt werden müssen. Ihre Zahl ist überhaupt gar keine so erschreckende, besonders wenn man sie, 4048 im ganzen Staate, den 3000 Schutzleuten, welche Berlin allein nöthig hat, gegenüberstellt. Der Herr Abg. Windthorst verlangt nun erst eine statistische Aufstellung, um die Nothwendigkeit der Bewilligung einzusehen, aber wie soll diese denn beschaffen sein? Möge er uns dies angeben. Die Vermehrung ist einmal nach der Erkenntniß der Verwaltungsbehörden nothwendig, weil sie sonst nicht durchkommen.

Abg. Kantak (Pole) hält es nicht für angezeigt, auf die Polendebatte zurückzugreifen und namentlich bei einer Etatsposition auf die ganze Politik des Ministerpräsidenten in Bezug auf die Ausweisung einzugehen. Dazu werde sich noch hinreichend Gelegenheit bieten. Seiner Ansicht nach sei aber doch die Sache damit nicht abgethan, daß die Regierung die Vermehrung der Gendarmenkräfte für nöthig halte, zum Mindesten müsse man mit Windthorst eine zahlenmäßige Begründung verlangen. Die Gendarmvermehrung bedeute nur: wir wollen Euch Polen nicht haben, und alle Begründungsversuche für die Ausweisungen gipfelten nur in Behauptungen von polnischen Agitationen und dergleichen, waren von Haß und Ironie durchtränkt, brachten aber keine Spur eines Nachweises von der Gefährlichkeit der 30- bis 40 000 Ausgewiesenen. Der Minister v. Puttkamer müsse einen besonderen, neuen Begriff von Humanität haben, wenn er die Ausweisungsmaßregel nicht für inhuman zu erkennen vermöge. Hier stehe das Urtheil des Ministers v. Puttkamer dem der ganzen zivilisirten Welt gegenüber. (Gelächter rechts.) Herr von Minnigerode kennt wohl nicht die auswärtigen Preßstimmen, nicht das Urtheil der „Provinzial-Korrespondenz" vom Jahre 1870 nach den Pariser Ausweisungen? Ein Märchen seien auch die angeblichen polnischen Bestrebungen des Bischofs von Kulm und Alles, was der Kultusminister über die katholische Abtheilung gesagt habe. Er bleibe dabei, daß einige Tausend Polen die Ruhe und Sicherheit des preußischen Staates nicht gefährden können.

Abg. Szmula spricht sein Befremden darüber aus, daß trotz der Erklärung des Reichskanzlers über die immerhin deutschfreundliche Haltung Oberschlesiens noch immer mit den Ausweisungen oberschlesischer polnischer Arbeiter zum Schaden der darniederliegenden Industrie fortgefahren werde. Gegen die Behauptung des Reichskanzlers, daß es in Oberschlesien eine polnische Agitation gebe, müsse er im Namen dieses schwer angeklagten Landestheiles protestiren. Was dann, wenn die russische Regierung Repressalien übte? Womit könne man die Polenhetze rechtfertigen? Seit 1863 sei nichts Illegales vorgekommen. Die Polen dächten an keine Revolution mehr. (Widerspruch rechts.) Gründung polnischer Zeitungen und Theater seien doch keine Agitation. Er bitte die Regierung, nur diejenigen Arbeiter ausweisen zu lassen, welche wirklich Agitation getrieben haben, diejenigen aber auszunehmen, welchen von ihren Arbeitgebern ein Leumundszeugniß ausgestellt werde. (Beifall.)

Abg. Rickert: Wir werden die Mittel zur Vermehrung der Landgendarmerie bewilligen, weil wir sie zur Bewachung der Grenze für nothwendig halten. Herr Jaeckel hat meine Berichte aus Strasburg und Thorn lediglich bestätigt. In Bezug auf diese ländlichen Bezirke ist diese Maßregel sofort zurückgezogen worden. Dagegen ist man in den Städten, wo gar keine Gefahr der Polonisirung vorhanden war, mit der größten Strenge vorgegangen. Also wo das Interesse der Gutsbesitzer in Frage steht, zieht man die Maßregel zurück, obwohl es sich hier um den gefährlichsten Punkt in Bezug auf die Polonisirung handelt. Schließlich noch ein Wort über die Reden des Reichskanzlers. Nach der „Vossischen Zeitung" werden auf Kosten des Preßfonds die Reden des Reichskanzlers in soundsoviel Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet und den amtlichen Kreisblättern beigelegt. In welcher Form die Veröffentlichung erfolgt, zeigen folgende Ueberschriften: „Die preußische und ausländische Demokratie verbindet sich mit den Polen gegen Preußen. Fürst Bismarck verfolgt als Ziel die Entwicklung der deutschen Nationalität,

wird aber von der Fortschrittspartei [illegible] richtig! rechts.) Die Fortschrittspartei bekämpfte 1863 die nationale Politik der Regierung und stärkte dadurch die Stellung Napoleon III. (Heiterkeit.) Abg. Windthorst tritt im Reichstage für die Bestrebungen auf Wiederherstellung des Königreichs Polen auf. (Heiterkeit! Hört! hört!) Begünstigung der polnischen Bestrebungen durch die Oppositionsparteien. Blick in die Zukunft. Gefährdung des Reichs durch die Obstruktionspolitik des Reichstags. (Sehr wahr! rechts.) Windthorst begünstigt die Zersetzung des Reichs. Aehnlichkeit unserer Verhältnisse mit den englischen. Die Parnelliten und die Polen. Das Zentrum und der Fortschritt dienen den Polen als Piedestal." In dieser jämmerlichen, erbärmlichen Weise werden die Reden dieses hervorragenden Staatsmannes in die Welt gebracht. Fühlt der Minister nicht, daß das kein Kampf ist, wie ihn die Regierung in Anwendung bringen kann? Ich habe nicht nöthig, irgend ein Wort darüber zu sagen. Das preußische Volk wird wissen, was es von einer derartigen Macht zu halten hat. (Beifall links.)

Minister von Puttkamer: Die Vermehrung der Gendarmerie ist nicht nur nöthig, um den künftigen Zuzug polnischer Unterthanen zu verhindern, sondern auch die betreffenden Leute durch Anwendung unmittelbaren Zwangs in ihre Heimath zurückzuschicken. Dieser letztere Zweck ist natürlich nur ein vorübergehender. Ich freue mich, daß der Abg. Rickert diese Forderung bewilligen will. Wenn er aber meint, daß die Regierung in der Ausweisungsfrage unverkennbar Stellung nehme zu Gunsten der landwirthschaftlichen Interessen gegenüber denen des Handels, so muß ich dies entschieden zurückweisen. Die Schlußbemerkungen des Herrn Vorredners sind charakteristisch. Er spricht mit einem Wort der Regierung das Recht ab, Aeußerungen hervorragender Staatsmänner durch die Organe, die ihr zu Gebote stehen, oder sich ihr anbieten, in die Oeffentlichkeit zu bringen. Was die Art und Weise der Veröffentlichung betrifft, so möchte ich doch die Herren dringend bitten, ein klein Bischen vor ihrer eigenen Thür zu kehren. Was freisinnige Zeitungen über Regierungsmaßregeln geben, dagegen ist das, was Herr Rickert hier vorgelesen, ein wahres Kinderspiel. Der „Reichsfreund" bringt fast in jeder Nummer Artikel, deren bloße Ueberschrift eine solche Masse von Gehässigkeit und Verunglimpfung zu Tage führen, daß ich immer wieder mein Erstaunen darüber ausdrücken muß, daß eine Partei, welche auf diesem Gebiete am schwersten sündigt, sich darüber entrüstet, daß die Regierung sich herausnimmt, solche Reden zu verbreiten. Seiner Partei scheint Herr Rickert Alles durch die Finger zu sehen. Er kann aber nicht sagen, ich perhorreszire das, das geht mich gar nichts an. Darauf kommt es nicht an, sondern auf die notorische organische Verbindung der betr. politischen Partei mit den bezüglichen Parteiblättern. Beim Reichsfreund ist darüber kein Zweifel, er trägt an der Stirn „gegründet von Eugen Richter". Mögen doch die Herren in ihren eigenen Busen greifen und sich prüfen, ob innerhalb ihrer Partei nicht viel schlimmere Dinge vorkommen, als sie uns vorwerfen.

Abg. Rickert: In der Erklärung des Ministers berechtigt mich eine Ausführung zu der Hoffnung, daß er in Bezug auf einzelne Fälle doch eine mildere Praxis eintreten lassen wird; ich spreche dem Minister meine Befriedigung darüber aus. Zu meinen Darlegungen hat mich ja lediglich das Gefühl getrieben, daß hier in der That unverantwortliche Härten vorgelegen haben, und ich werde es stets rückhaltslos anerkennen, wenn der Minister sich bemüht, solche wieder gut zu machen. Der letzte Theil seiner Rede ist nun wieder eine ganz ausgezeichnete Illustration unserer inneren Verhältnisse. „Ihr kämpft in den Zeitungen mit solchen Waffen, da müssen wir dasselbe thun!" Mit diesen Worten tritt er ganz direkt als Parteimann hier auf. Uns kann man doch nicht für jeden Artikel unserer Presse verantwortlich machen; finden wir wirklich derartige schmähliche Angriffe in ihnen vor oder ist der in ihnen angeschlagene Ton ein solcher, wie er mehrfach charakterisirt wurde, so legen Sie mir doch solche Artikel vor, dann desavouire ich sie. Thut aber der Minister etwas Aehnliches? Nein, er antwortet ganz einfach: „Eure Presse hat eben solche Dinge getrieben" — und das soll er uns erst beweisen. (Zwischenruf des Abg. v. Eynern.) Herrn v. Eynern kann ich jetzt auch den Beweis dafür liefern, daß die Nationalliberalen um die Stimmen des Zentrums in Mainz gebettelt haben; ein Brief des Reichstagsabgeordneten Racke aus Mainz hat mir die Thatsache bestätigt. Wenn die Rede des Kanzlers mit derartigen infamen, große Theile der Bevölkerung und ihrer Vertretung verdächtigenden Ueberschriften verbreitet wird, so halte ich ein solches Vorgehen auch selbst vom Standpunkte des Parteiregiments v. Puttkamer für unerlaubt und unerhört. (Beifall links.)

Minister v. Puttkamer. Es ist mir unverständlich wie der Abg. Rickert schon wieder einmal aus meinen Ausführungen das Vorhandensein eines Parteiregiments in Preußen hergeleitet hat. Versteht Herr Rickert den Ausdruck in negativem Sinn, daß die Regierung gegen eine bestimmte Partei im Lande dauernd und nachhaltig auftritt, so akzeptire ich ihn. Das will er aber nicht. Er kämpft dagegen an, daß die Regierung sich durch die Presse gegen Angriffe wahrt. Er macht mit einer kolossalen sittlichen Entrüstung einen Vorstoß gegen die Regierung, und wenn man ihn dann fragt, wie macht Ihr es denn (Abg. Rickert: wir machen es eben nicht!), so antwortet er, er sei nicht betheiligt, würde aber derartige unmotivirte Angriffe gern desavouiren. Ich glaube ja gern, daß er persönlich eine so scharfe und anstößige Zeitungspolemik desavouiren würde. Das hilft ihm aber in diesem Falle nichts. Hier spricht er im Namen seiner Partei, und von dieser behaupte ich wiederholt, daß keine Partei mehr Veranlassung hat, in dieser Beziehung Stillschweigen zu beobachten, als die Fortschrittspartei. Ich fordere jeden zivilisirten Deutschen auf, zu sagen, ob je etwas Unerhörteres in Bezug auf Mangel an Anstandsgefühl in der deutschen Presse geleistet worden, als von diesen Blättern. Der „Reichsfreund" schiebt tagtäglich hochgestellten Staatsbeamten, namentlich dem Reichskanzler, niederen Egoismus u. dgl. als Triebfeder ihrer Maßregeln unter. Ich will auch die offiziöse Presse nicht vertreten, aber man darf sich nicht wundern, daß es aus dem Walde herausschallt, wie man in ihn hineinschreit.

Abg. v. Eynern: Ich habe mit meinem Zwischenruf vorhin keine Billigung, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite ausgesprochen. Mißbilligt Herr Rickert wirklich den gemeinen und niederträchtigen Ton der fortschrittlichen Presse, so sollte er doch endlich seinen Einfluß in der Partei dahin geltend machen. Was nun die Behauptung, die nationalliberale Partei habe um die Stimmen des Zentrums gebettelt, betrifft, so erkläre ich dieselbe nach wie vor für unrichtig; ein Privatbrief eines einzelnen Mannes kann unmöglich genügen, eine derartige Beschuldigung gegen eine ganze Partei aufrecht zu erhalten.

Abg. Rickert verliest hierauf den Brief des Abg. Racke, in welchem behauptet wird, die Nationalliberalen im Kreise Bingen-Alzey hätten sich um die Zentrumsstimmen für ihren Kandidaten v. Schauß beworben und dafür die Unterstützung der Kandidatur Racke in Mainz angeboten, auch schriftliche Garantien für das Verhalten des Herrn v. Schauß in den Kulturkampffragen gegeben. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Wie die nationalliberale Partei dazu kommt, sich über den Ton der liberalen Presse zu entrüsten, kann ich schlechterdings nicht begreifen. Was hat nicht besonders die süddeutsche Presse dieser Partei an Unflätigkeit uns gegenüber geleistet! (Lachen rechts.) Hat sie nicht gegen mich jenes Bündel Briefe veröffentlicht, jene Sammlung gemeinster und niedrigster Erfindungen? Hat sie sie nicht sogar, wie das „Frankfurter Journal" und andere Blätter, unter der Ueber-

Die Gemeinheit kann ja Größeres gar nicht leisten. (Gelächter rechts.) Der Minister springt jetzt immer den Nationalliberalen bei. Ich glaubte nicht, daß es schon so weit wäre. Ich kann wirklich nicht alle Organe meiner Partei lesen. Der Redakteur des „Reichsfreund" ist vollkommen selbstständig. Gewiß kommen auch in diesem Blatte Dinge vor, die ich durchaus nicht billigen kann, aber die Verantwortlichkeit lehne ich ein für alle Mal ab. Der Vorgänger des Ministers hat uns feierlich versichert, auf einen anderen Ton in der offiziösen Presse hinwirken zu wollen. Wie anders der Parteimann Herr v. Puttkamer. Ich überlasse jedem Unbefangenen das Urtheil darüber, daß ein Minister sich dazu hergiebt, diese Schmähungen und Verleumdungen durch die Autorität seines Namens zu decken. (Oho! rechts, Beifall links.)

Minister von Puttkamer: Ich weiß nichts von der offiziösen Presse, von der Herr Rickert immerfort spricht, und ich bitte, erst den Nachweis zu führen, daß diese Veröffentlichungen offiziös sind. Die Regierung hat gar kein offiziöses Blatt mehr. Nicht meine Amtsvorgänger, sondern ich selbst habe jenes Versprechen damals abgegeben und es redlich eingelöst. Die „Provinzial-Korrespondenz" ist eingegangen. Wir haben uns des Hilfsmittels eines eigenen Preßorgans im politischen Kampf begeben und sind nur für den „Reichs- und Staats-Anzeiger" verantwortlich.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Die letzten Angaben haben wir schon oft gehört, aber es gehört ein stärkerer Glaube dazu, als mir gegeben ist, um zu glauben, daß die „Norddeutsche Allgemeine" und die Kreisblätter etwa nicht von der Regierung abhängig sind. Wollte einmal ein Landrath sich ein erzultramontanes Blatt zu seinen amtlichen Publikationen aussuchen, ihm würden von Berlin aus gründlich die Wege gewiesen werden. (Zustimmung links und im Zentrum.) Man sollte also in dieser Beziehung doch lieber offen, klar und redlich sich aussprechen; das gehört dazu, wenn wir zu gesunden Zuständen kommen sollen. (Lebhafter Beifall links.) Wenn Herr v. Eynern vorhin dem Abg. Rickert zurief, die offiziöse habe von der fortschrittlichen Presse gelernt, so gesteht er zu, daß die Regierungspresse in Bezug auf Gemeines und Niederträchtiges eine gelehrige Schülerin gewesen ist. (Heiterkeit.) Der Streit dreht sich hier nur darum, ob jene Blättee zur Verbreitung solcher unwahren Verleumdungen berechtigt sind; die Entgegnung des Ministers weist der eigenen Presse einen ganz unmoralischen Standpunkt an. Eine der Ueberschriften kehrt ihre Spitze gegen den Abg. Windthorst und besagt, daß er im Reichstag für die auf die Wiederherstellung Polens gerichtete Bestrebungen eintrete. Bekanntlich hat der Abg. Windthorst sich in ganz entgegengesetztem Sinne ausgesprochen. Daß der Minister nicht ein tadelndes Wort gegen solche Verleumdungen und Unwahrheiten gehabt hat, ist mir unfaßbar. Ich muß einen solchen Angriff auf den Abg. Windthorst in den Regierungsblättern für eine niederträchtige Verleumdung halten. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dirichlet: Als Herr v. Bennigsen vor zwei oder drei Jahren die Forderung stellte, der Minister möge auf die Einführung eines vornehmeren Tons in der offiziösen Presse hinwirken, habe ich bemerkt, daß, wenn man Vornehmheit nicht besitze, man sie sich auch nicht geben könne (sehr richtig! rechts, Heiterkeit), daß man aber wohl die Wahrung des bürgerlichen Anstandes verlangen und durchsetzen könne. In jeder Parteipresse und in jeder Partei giebt es gemeine und anständige Menschen, darüber ist kein Streit. Thatsächlich aber verfügt der Minister über ein Quantum von Staatsmitteln zu Bekämpfung des Königs Georg und seiner Agenten, und notorisch wird die Regierungspresse aus diesen Staatsmitteln unterstützt. Das ist der ganz erhebliche Unterschied, und eine Regierung, die so verfährt, ist eine Parteiregierung im vollsten Sinne des Wortes.

Abg. v. Eynern: Ich habe mein Urtheil über die fortschrittliche Presse nicht auf die Regierungspresse übertragen wollen. Letztere steht thurmhoch über der ersteren erhaben da. (Heiterkeit rechts.) Die nationalliberale Partei kann für den Ton ihrer Presse nur dann verantwortlich gemacht werden, sobald wir unsererseits eine Billigung dieses Tones aussprechen. Ein hervorragender Führer der nationalliberalen Partei hat einmal im Reichstage gesagt: wir werden uns niemals scheuen, mit den Konservativen diejenigen Gesetze zu beschließen, welche wir zum Wohl des deutschen Vaterlandes für geboten halten. Der hervorragende Parteiführer, der am 9. April 1880 diese Worte sprach, war der Abg. Rickert. (Stürmische Heiterkeit.) Ich beklage tief, daß gerade dieser Herr, der bis vor wenigen Jahren ein hervorragendes Mitglied der nationalliberalen Partei war, es nicht seinen jetzigen Parteifreunden überläßt, solche Angriffe auf uns zu machen. (Sehr gut! rechts, Heiterkeit.) Der Herr Minister hat uns garnicht in Schutz genommen. Das haben wir garnicht nöthig. Ich habe in seinen Worten die Entrüstung eines ehrlichen Mannes gesehen. (Gelächter links.) In dieser Beziehung sagte ein Führer der nationalliberalen Partei einmal im Reichstage, gegen den Abg. Richter gewendet: Glauben Sie, ich halte es für eine Schande, die Meinung zu vertreten, welche die Herren am Regierungstisch haben, wenn diese Meinung auch die meinige ist? Und das war wiederum der Abgeordnete Rickert. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. Dirichlet: Es ist sehr mißlich, die Sache eines Abwesenden zu führen, der wenn anwesend, sich viel besser vertheidigen würde. Die Herren Nationalliberalen sind so vollkommen unverbesserlich, daß wir uns weitere Versuche, sie zu überzeugen, sparen könnten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das, was der frühere hervorragende Führer der Nationalliberalen gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort. (Sehr richtig! links.) Nur daß es sich hierbei um die nationalliberale Partei von vor 4 Jahren handelt, während Herr v. Eynern die nationalliberale Partei von heute vertritt. (Unterbrechungen bei den Nationalliberalen.) Niemand hat mehr Veranlassung, als der Abg. Rickert, sich gegen die nationalliberale Partei zu wenden, er, der von Ihnen im Wahlkampf und in Ihrer Presse mit solcher Heftigkeit angegriffen worden ist. Herr Rickert hat selbst hervorgehoben, wie die jetzige Parteileitung seine nur zu begründeten Beschwerden unbeachtet gelassen hat. Wenn Jemand auf ein Blatt schreibt: Begründet von dem und dem, so liegt ja darin eine gewisse Verantwortlichkeit; viel schlimmer aber ist es, wenn Jemand ständiger Korrespondent einer Zeitung ist, welche ständig solche Angriffe bringt, während vielleicht der Muth fehlt, diese Angriffe mit seinem Namen zu decken. (Sehr gut! links.) Ein provinzieller Parteichef der Nationalliberalen hat laut und vernehmlich erklärt, beim Wahlkampf komme es nicht blos darauf an, die Wahl des Gegners zu verhindern, sondern auch darauf, ihn zu vernichten, sei es auch unter der öffentlichen Aussprache bewußter Unwahrheiten. Das ist neo-nationalliberale Doktrin! (Sehr wahr! links; Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Abg. Cremer: Ich will natürlich auch nicht über die Landgendarmen sprechen (Große Heiterkeit), sondern fahre nach berühmten Mustern fort, über die Presse zu reden. Noch nie habe ich einer Versammlung beigewohnt, wo man sich mit solchem Erfolg bemüht hätte, die Presse der gegenwärtigen Parteien aufs Ingrimmigste herunterzureißen. Gemein, infam, niederträchtig — das waren so die mildesten Ausdrücke für die Charakteristik. Mit etwas weniger Fraktionsgeist und etwas mehr Patriotismus in der Presse wäre allen Parteien geholfen! (Beifall rechts.)

Abg. v. Eynern: Herr Rickert hätte vorher besser gethan, nicht in den Reichstag zu gehen, sondern sich selbst zu vertheidigen. Herr Dirichlet hat ihm sicher keinen Dienst erwiesen. Derselbe hat gesagt, er würde das, was Herr Rickert

[illegible] so werden die Herren von der Rechten noch einmal das Vergnügen haben, mit Herrn Dirichlet zusammen zu arbeiten. (Heiterkeit.) Herr Rickert soll derselbe geblieben sein, nur die nationalliberale Partei soll sich geändert haben, dann hätte also vor 4 Jahren auch Herr Richter der nationalliberalen Partei angehört, bei dem jetzt Herr Rickert sitzt. Herr Richter aber hat sich, wie hier wohl von allen Seiten anerkannt werden wird, gewiß nicht geändert. (Große Heiterkeit.)

Die Debatte wird geschlossen.

Die Vermehrung der Landgendarmerie wird in besonderer Abstimmung gegen die Stimmen des Zentrums, und eines Theiles der Freisinnigen bewilligt.

Ueber den Dispositionsfonds für allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei wird auf Antrag des Abg. Büchtemann besonders abgestimmt. Dasselbe wird gegen die Stimmen eines Theiles des Zentrums und der Freisinnigen genehmigt.

Beim Kapitel Strafanstaltsverwaltung lenkt Abg. v. Schenckendorff die Aufmerksamkeit auf einige dringend der Abhilfe bedürftige Verhältnisse der Strafanstaltslehrer. Denselben fällt eine außerordentlich wichtige Aufgabe zu, weshalb nur hervorragend tüchtige und bewährte Lehrer hierzu Verwendung finden können. Dieselben haben deshalb immer schon eine lange Dienstzeit im Volksschuldienst hinter sich, durchschnittlich nicht unter 15, theils aber bis 35 Jahre. Diese Lehrer haben aber z. B. kein Recht darauf, daß ihnen bei ihrer Pensionirung diese Dienstjahre auch angerechnet werden. Es kann dies nur auf dem Gnadenwege geschehen. Nachdem der Staat aber durch das Lehrerpensionsgesetz die Gemeinden verpflichtet hat, den Lehrern die früheren im öffentlichen Schuldienst zugebrachten Dienstjahre im Pensionsfalle anzurechnen, so erscheint es nicht mehr wie billig und gerecht, daß der Staat diesen Bestimmungen auch bei seinen eigenen Lehrern nachkommt.

Nachdem sich noch die Abgg. Knörcke und Cremer in gleichem Sinne ausgesprochen, wird das Kapitel bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums, sowie das Extraordinarium.

In erster und zweiter Lesung genehmigte hierauf das Haus den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Amtsgerichts zu Neustadt-Magdeburg.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Anträge v. Schorlemer und v. Dziembowski, betreffend den § 27 der Geschäftsordnung und Petitionen.

Parlamentarisches.

— In der XV. Kommission (Anträge Ackermann-Biehl) wurde gestern die Diskussion über § [illegible] Absatz 2, welcher die einzelnen Gewerbe aufzählt, für welche in Zukunft der Befähigungsnachweis verlangt wird, fortgesetzt. Von den Gegnern der Anträge wurden alle Gründe, welche im Plenum und in der Kommission bereits wiederholt vorgeführt wurden, noch einmal ins Treffen geführt, aber an den 11 Stimmen, über welche die Zünftler, unter Führung v. Kleist-Retzow's und des katholischen Kaplans Hitze verfügen, scheiterten alle auch noch so beweiskräftigen Gegengründe. Da nach einer Erklärung des Herrn von Kleist Retzow auch Frauen, welche ein selbstständiges Gewerbe treiben wollen, in Zukunft den Befähigungsnachweis zu führen haben werden, dieser aber nur geführt werden kann, wenn der oder die zu Prüfende 3 Jahre als Lehrling und ebenso lange als Geselle gearbeitet hat, so werden wir in Zukunft auch Näherinnen-Gesellen und -Lehrlinge haben. Angenommen wurde der Befähigungsnachweis in dieser Sitzung für die Gewerbe der Barbiere (Rasiren), Bäcker und Bandagisten. Die Bader, für welche ursprünglich der Befähigungsnachweis auch verlangt wurde, wurden gestrichen, weil dieselben unter den Begriff Heilgehilfen fallen, das ärztliche Gewerbe aber von den geplanten Vorschlägen nicht berührt werden soll. Zur Heilung eines Beinbruches, zum Aderlassen oder Blutegelsetzen bedarfs also keines Befähigungsnachweises wohl aber zum Haarschneiden oder Rasiren. Diese Thatsache mag zur Illustrirung des Werthes der sozialpolitischen Gesetzgebung à la Ackermann genügen.

Zuckersteuerkommission. In der Sitzung vom 8. d. M. wurde von der Kommission der Antrag Heine-Bock, eine Steuer auf fertiges Fabrikat einzuführen, mit allen Stimmen gegen die der Antragsteller abgelehnt. Hierauf wurde der Antrag Roland, die Zuckerrübensteuer von 1,60 M. per Doppelzentner auf 1,20 M. zu ermäßigen, mit 12 gegen 10 Stimmen (Zentrum, Deutsch-Freisinnige, Volkspartei, Sozialdem.) angenommen und damit die Regierungsvorlage, welche die Steuer von 1,60 M. auf 1,80 M. per Doppelzentner Rüben erhöhen wollte, abgelehnt. In Bezug auf die Höhe der Ausfuhrvergütigung konnte keine Mehrheit erzielt werden, weil die Sozialdemokraten der Satz der Vergütigung im Roland'schen Antrag zu hoch erschien. — Derselbe will für 1 Zentner Rohzucker 12 M. Ausfuhrbonifikation gewähren (10 Zentner Rüben = 1 Zentner Zucker), während die Sozialdemokraten den Satz von 9 Zentner Rüben = 1 Zentner Rohzucker zu Grunde legen und einen diesbezüglichen Antrag zur Beschlußfassung einbringen wollen. Der diesbezügliche Theil des Roland'schen Antrages fiel danach mit 11 gegen 12 Stimmen. Mit Annahme des Roland'schen Antrages fielen auch [illegible] liche Anträge auf Melassebesteuerung. Bei dem Antrag v. Wedell-Malchow auf steuerfreie Läger, — bei welchen dort gelagerte Zucker einstweilen gegen Herausgabe der Exportbonifikation an die Einleger 2 Jahre lagern kann — wurde der Heine'sche Antrag, die Dauer der Lagerfreiheit von 2 Jahren auf 1 Jahr herabzusetzen, abgelehnt, der Antrag v. Wedell-Malchow angenommen. Die Frist des Steuerkredits für [illegible] von 6 Monat auf 12 Monat zu verlängern, wurde abgelehnt. Der übrige Theil der Regierungsvorlage, eine Fabrikationsstatistik zu veranstalten, ebenso die Strafbestimmungen, wurde in der Sitzung vom 9. im Allgemeinen angenommen und hiermit die erste Lesung zu Ende geführt.

— Die Unfall-Kommission des Reichstages hielt ihre erste Sitzung am 6. Februar und trat sofort in die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Unfall- und Krankenversicherung der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter. Die Debatte war eine recht animirte. Es lag zunächst ein Antrag des Abg. Buhl vor, welcher in der Hauptsache bezweckte, die Beiträge der Berufsgenossenschaft als Zuschläge zur Grundsteuer zu erheben und in Folge davon auch die Betriebsunternehmer einzuschließen. Ferner beantragte Abg. v. Malzahn-Gültz: die Bildung der Berufsgenossenschaften den Landesregierungen zu überweisen, und Abg. Struckmann: den Berufsgenossenschaften das Recht zu geben, die Beschädigten auch gegen ihren Willen in einem Krankenhause verpflegen zu lassen. Gegen diesen Antrag wendet sich insbesondere der Abg. Frohme, welcher auch, wie schon im Plenum, Gelegenheit nahm, die obligatorische Krankenversicherung für die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter zu verlangen. Sämmtliche Anträge wurden abgelehnt. — Am 8. Februar wurde die Berathung bei § [illegible] welcher u. A. den Krankenkassen und den Gemeinden die 13wöchentliche Verpflegung Verletzter aufbürden will, fortgesetzt. Die Abg. Frohme und Schrader wendeten sich energisch gegen diese Bestimmung. Ersterer unterzog besonders die Frage, ob das gesetzliche Verhältniß der Krankenkassen zu der Unfallversicherung ein rechtlich zulässiges sei, einer eingehenden Kritik und kam dabei zu dem Schluß, daß dieses nicht der Fall, daß vielmehr rechtlich die Krankenkassen zu Leistungen im Interesse der Unfallversicherung nicht herangezogen werden konnten. Gegenwendungen gegen diese Ausführungen wurden von keiner Seite gemacht; doch beschloß die Majorität im Sinne der Regierung

wurde: daß nach der ganzen Tendenz der Versicherungsgesetze Aufwendungen, welche **Gemeinden** für die ersten dreizehn Wochen für Verletzte zu machen haben, nicht als Armenunterstützung, besonders im Sinne des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag, zu erachten seien.

Lokales.

Das königliche Polizei-Präsidium hat dem Kuratorium des städtischen Zentral-Viehhofs mitgetheilt, daß es nicht genüge, wenn am Sonntag das Schlachten (Stechen) der Schweine um 9 Uhr Morgens eingestellt werde; es müsse gleichzeitig auch das Ausnehmen der Schweine nach 9 Uhr Morgens untersagt und so der ganze Schlachtbetrieb auf dem Zentral-Schlachthof von dieser Stunde ab beseitigt werden, da sonst die Fleischbeschauer noch bis 10½ Uhr in Thätigkeit bleiben müßten.

Die Studenten der Medizin feierten vorgestern Abend im Saale der Kaiserhallen mit ihren Lehrern zum Schluß des Wintersemesters einen Kommers. Es wäre das an und für sich kein so wichtiges Vorkommniß, daß wir davon besonders Notiz nehmen müßten, indessen glauben wir unsern Lesern darüber doch eine Mittheilung machen zu müssen. Das „Berl. Tageblatt." schließt seinen Festbericht mit folgender bemerkenswerthen Aeußerung: „Als ein fremdländischer Arzt, dem die deutschen Kommersgebräuche völlig unbekannt waren, die Frage aufwarf, wieviel wohl an einem solchen Abend im Durchschnitt der trinke, antwortete ihm ein junger Fuchs: „etwa zehn Seidel". Darauf warf ihm ein Kommilitone einen Blick des Mitleids und des Vorwurfs zu, und meinte: „Das wird nicht langen; das Durchschnittsmaß dürften doch 25 Schoppen sein, ich kenne etliche, die heute Abend sich ihre 40 Schoppen leisten werden." Das wäre wahrscheinlich mehr, wie ein Pferdeeimer Inhalt hat, und viehisch ist eine solche Leistung auch. Es ist aber doch ein Zeichen der Zeit, daß solche Vorkommnisse von einer gewissen Presse zu förmlichen Heldenthaten gestempelt werden. Wenn bei der jetzigen Kälte ein armer Teufel einen Schluck mehr trinkt, als er wirklich ertragen kann, dann schreit die ganze Welt über die Schnapspest, den Moralphilister überläuft ein kalter Schauer, — wenn er an den schlechten Fusel denkt; wenn aber die Bourgeoissöhnchen vierzig Glas Bier sich zu Gemüthe führen, dann findet man das reizend, burschikos. Soviel ist sicher, daß man sich vor einem Arzt, der in seiner Jugend vierzig Glas Bier in einer Nacht trinken konnte, sehr in Acht nehmen muß, denn das Menschenkuriren ist unter solchen Umständen eine gefährliche Sache.

Auch ein Arbeitgeber. Eine ganz neue Art von Schwindel, der in den letzten Wochen vor Weihnachten mit gutem Erfolg betrieben wurde, ist erst in diesen Tagen zufällig entdeckt worden. Zu jener Zeit überbrachte ein alter Mann im Auftrage und mit der Bitte des Prediger Baumann den Bürgersfrauen auf dem Gesundbrunnen zugeschnittene Kinderkleidchen, welche die Damen zu einem bestimmten Tage fertig nähen möchten; die Kleidchen seien zur Bescheerung für arme Kinder in der St. Elisabethgemeinde bestimmt. Bei dem wohlthätigen Zweck waren die Damen bereit, die ihnen überbrachten Sachen zu übernehmen. So hatte auch Frau J. ein solches Packet erhalten nebst einem Zettel, auf welchem als Inhalt des Packets drei zugeschnittene Kleidchen standen. Frau J. schob das Packet in ihre Kommode. Als sie nach wenigen Tagen sich die Arbeit vornahm, befanden sich nur zwei zugeschnittene Kleidchen in dem Packet. Frau J. nähte dieselben fertig und bemerkte dem alten Manne, der sich zur Abholung pünktlich eingestellt hatte, daß sie statt der verzeichneten drei Kleider nur zwei vorgefunden habe, es müsse also wohl ein Irrthum beim Einpacken geschehen sein. Der Alte nahm die gefertigten Sachen und entfernte sich dankend. Vor wenigen Tagen findet nun Frau J. das vermißte dritte Kleid in ihrer Kommode, das sich wahrscheinlich aus jenem Packet herausgeschoben hatte. Frau J. machte es sogleich fertig und übersandte es dem Prediger Baumann unter Mittheilung des Verzögerungsgrundes. Bald aber kommt der Bote mit dem Kleidchen wieder zurück und theilt ihr mit, daß der Prediger dasselbe nicht annehmen könne, da er von jenen Aufträgen gar nichts wisse. Die getäuschten Damen sind nicht wenig entrüstet über den Schwindel. — Hauptsächlich wohl deshalb, weil ihre fromme Thätigkeit nunmehr nicht genügend anerkannt wird. Der Gedanke, den Wohlthätigkeitsmuth frömmelnder Damen auszunützen, entbehrt jedenfalls nicht der Originalität.

Herr H. Speckhuhn in Emden, Neuthorstr. 30, veröffentlicht folgendes Inserat: „Gut geschossene Silbermöven, Lachmöven, Sturmmöven, Mantelmöven, Schmarotzermöven, Seeschwalben, Austernfischer, Lummen, Bergenten, Sturmvögel, sowie anderes Geflügel kaufe ich zu den höchsten Preisen." Und all' dies „Geflügel" prangt dann auf den Hüten unserer Damen!

Die Bauernfängerei mittels Kümmelblättchenspiels ist ziemlich außer Gebrauch gekommen, weil sie sich nicht mehr lohnend erweist. Nur der wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels vielfach und empfindlich bestrafte „Arbeiter" Dabergott kann sich nicht entschließen, auf diese Erwerbsquelle zu verzichten. Neulich verschleppte er einen im Wartesaal vierter Klasse des Schlesischen Bahnhofes sich aufhaltenden Arbeiter aus der Provinz Posen nach einem Restaurationskeller in der Breslauerstraße und rupfte ihn in Gemeinschaft mit zwei dort das Opfer erwartenden unbekannten Genossen in der bekannten Weise. Als der Arbeiter seine Baarschaft von 20 M. verloren hatte, waren die Spieler verschwunden. Nach der gegebenen Beschreibung fiel sofort der Verdacht auf Dabergott, den auch der Gerupfte bestimmt als den Schlepper wieder erkannt hat.

Vor einigen Wochen brachte der „B. B.-C." die Mittheilung, daß gegen einen hiesigen, früher sehr beschäftigten Rechtsanwalt beim Landgericht I bei dem Vorstande der Anwaltskammer eine Beschwerde eingegangen war, in welcher behauptet und unter Beweis gestellt wurde, der Rechtsanwalt habe sich von einem wegen Betruges angeklagten Banquier eine namhafte Summe, angeblich zur Unterdrückung von Zeitungsartikeln, geben lassen und in Wirklichkeit das durch so schimpfliche Vorspiegelungen empfangene Geld für sich verbraucht. Dem Beschwerdeführer war nun, so berichtet jetzt das genannte Blatt, unter dem 7. Januar d. J. von der Anwaltskammer mitgetheilt, daß vorläufig gegen den Rechtsanwalt noch nicht vorgegangen werden könnte, weil erst der Ausgang eines gegen denselben Rechtsanwalt schwebenden anderweitigen Verfahrens abgewartet werden solle. Nunmehr hat der Vorsitzende der Anwaltskammer, Herr Geheimer Justizrath Laue, dem Beschwerdeführer unter dem 4. Februar cr. die weitere Anzeige gemacht, daß durch das rechtskräftig gewordene Erkenntniß des Ehrengerichtshofes der Rechtsanwälte zu Leipzig vom 14. Januar d. J. der in Rede stehende Rechtsanwalt in dem bereits früher gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahren von der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen worden ist und die Anwaltskammer jetzt nicht mehr berufen ist, über die geführte Beschwerde zu befinden. Das der Anwaltskammer vorgelegene Beschwerdematerial gegen den früheren Anwalt wird jetzt auf den Antrag des Beschwerdeführers an die königliche Staatsanwaltschaft beim Landgericht I zur weiteren Veranlassung abgesandt werden.

Zur Bekämpfung des Schwindels mit Pferdewurst hat, nach Mittheilung des „Berl. Fremdenbl.", das königliche Polizeipräsidium dem Magistrat den Entwurf einer Polizeiverordnung vorgelegt. Danach darf das Schlachten eines Pferdes, Maulthiers oder Esels zum Feilbieten oder Verkaufen des Fleisches, desgl. die Verarbeitung des Fleisches zu Wurst, nur in der Zentral-Roßschlächterei stattfinden. Pferdefleisch oder dergleichen Waare nach Berlin einzuführen, soll überhaupt verboten werden. Der Verkauf von Pferdefleisch und der betreffende Verkaufsstelle, auch alle ... Roßfleischwaare ist als solche durch Tafeln mit deutlicher Inschrift von mindestens 15 Zentimeter Buchstabenhöhe zu kennzeichnen. Ueber die Untersuchung der bezüglichen Schlachtthiere, über die Einführung polizeilich zu kontrolirender Schlachtbücher sind genaue Vorschriften vorgesehen. Nur Schweinefett, aber durchaus kein fremdes Fleisch (von Schwein, Rind oder dergl.) darf der Pferde- oder Eselswurst zugesetzt werden.

Der als Substitut bei einem vereideten Makler beschäftigte Kaufmann F. wurde gestern wegen wiederholter Unterschlagung zur Haft gebracht. Ein Dienstmädchen hatte sich während einer zwölfjährigen Dienstzeit bei dem Vater des Beschuldigten, einem hiesigen Makler, 1000 M. erspart und diese Summe zum Ankauf von Werthpapieren ihrem Dienstherrn übergeben. Letzterer hatte den Auftrag ausgeführt und die angekauften Effekten in Verwahrung genommen. Nach seinem Tode kam T. in den Besitz der Werthpapiere und verwendete dieselben in seinem Nutzen. Außerdem hat er einer Verwandten die ihm anvertrauten über 7000 Mark lautenden Papiere unterschlagen.

Gerichts-Zeitung.

Reichsgerichts-Entscheidung. Leipzig, den 8. Februar. (Arzt und Polizeipräsident.) In Wiesbaden trat im Juli v. J. die Typhus-Krankheit in so erheblichem Grade auf, daß sie als Epidemie bezeichnet werden konnte. Der Polizeipräsident von Wiesbaden, Herr v. Strauß, ließ daher verschiedene Vorsichtsmaßregeln treffen und ordnete auch die Veröffentlichung der täglichen Erkrankungen bezw. Todesfälle in den Zeitungen an. Mit diesen Vorkehrungen war der praktische Arzt Dr. med. Oswald Ziehmsen deshalb nicht einverstanden, weil er befürchtete, der Zuzug von Kurgästen werde in Folge jener Bekanntmachungen aufhören, wodurch wieder seine Praxis und sein Erwerb Einbuße erleiden würden. Er fertigte daher ein „Eingesandt" an, in welchem er die Maßnahmen des Polizeipräsidenten kritisirte und veröffentlichte dasselbe in der am 23. Juli erschienenen Nummer des „Rheinischen Kuriers". In einer späteren Nummer erschien sodann eine Antwort des Polizeipräsidenten, worin derselbe mittheilte, jene Anordnungen seien auf Weisung der Regierung getroffen; Dr. Z. könne nähere Auskunft über die in letzter Zeit geschehenen gesundheitlichen Aenderungen (Verbesserung der gesundheitlichen Kloaken u. s. w.) jederzeit bei ihm erhalten. Am 5. August erschien wieder eine Mittheilung des Dr. Z. in jenem Blatte. Er habe, sagte er, auf einen an den Polizeipräsidenten gerichteten Brief, in welchem er um Auskunft über eine Reihe die Typhusepidemie betreffende Fragen gebeten hatte, keine Antwort erhalten, trotzdem jener ihn auf den Korrespondenzweg gewiesen habe. Jetzt erfahre er nun, daß der Polizeipräsident auf Urlaub nach Tirol gereist sei. Er habe einer Antwort nun nicht mehr entgegengesehen in der Annahme, daß der Polizeipräsident erkrankt sei, denn er habe noch nicht gehört, daß ein preußischer Offizier, wenn er nicht schwer krank oder verwundet sei, im Moment der Gefahr seinen Posten verlasse. Den Schluß dieser öffentlichen Diskussion bildete ein aus Tirol datirtes Eingesandt des Polizeipräsidenten, worin er die Insinuation des Dr. Z. zurückgewies. Gleichzeitig stellte er aber Strafantrag gegen Dr. Z. wegen öffentlicher Beleidigung. Das Landgericht in Wiesbaden, welches am 20. November v. J. gegen Dr. Z. (und den in der Revisionsinstanz nicht in Betracht kommenden Redakteur des betr. Blattes) verhandelte, erkannte zwar an, daß der Angeklagte in der Wahrnehmung berechtigter Interessen jene Artikel veröffentlicht habe, erachtete aber den Umständen nach eine Beleidigung des Polizeipräsidenten für vorliegend, die darin zu finden sei, daß demselben vorgeworfen ist, er entziehe sich der Gefahr durch seine Abreise. Eine Gefahr, welcher er hätte entgegentreten müssen, wurde vom Gerichte nicht für erwiesen angenommen. Das Urtheil lautete auf 1000 M. Geldstrafe. Die Revision des Angeklagten gegen dieses Urtheil wurde am 8. Februar vom ersten Straffenat des Reichsgerichts verworfen. In den Gründen wurde ausgeführt, die Annahme des Landgerichts, die vom Angeklagten behauptete Thatsache sei geeignet, den Polizeipräsidenten in der öffentlichen Achtung herabzusetzen, sei wohlbegründet, eine Verkennung des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) habe nicht stattgefunden und eine unzulässige Beweislast sei dem Angeklagten nicht aufgebürdet worden.

Eine anonyme Postkarte bildete die Unterlage einer Erpressungs-Anklage, welche gestern gegen den Holzhändler Max Abbe vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I verhandelt wurde. Der Angeklagte hatte von seinem Schwager Kaufmann Seemann zum Betriebe seines Geschäfts größere Darlehen erhalten, die dieser energisch zurückforderte, als der Angeklagte sich in seinem Haushalte einigen Luxus gestattete. Da letzterer nichts zahlen konnte, wurde er von seinem Schwager verklagt, ausgepfändet und auch eine Forderung von ihm an die hiesige Garnisonverwaltung für gelieferte Kohlen mit Arrest belegt. Dies geschah am 14. Oktober pr., am folgenden Tage erhielt Seemann folgende Postkarte: „Vitriol soll ein gutes Verschönerungsmittel für das Gesicht sein, eine gute ultima ratio." Der Empfänger brachte diese Karte mit der am Tage vorher bewirkten Pfändung in Verbindung und erstattete gegen seinen Schwager als den vermeintlichen Verfasser und Absender Anzeige. Derselbe stellte seine Thäterschaft in Abrede und brachte den Inhalt der Karte auf Anordnung des Untersuchungsrichters behufs Handschriftenvergleichs zu Papier. Der Sachverständige, Kanzleirath Seegel, behauptete, daß der Angeklagte die inkriminirte Karte geschrieben hat, während dieser bemerkte, daß er sich allerdings Mühe gegeben habe, die Karte möglichst getreu nachzuschreiben. Staatsanwalt Dr. Otto erachtete das Gutachten nicht als einen ausreichenden Beweis für die Schuld des Angeklagten und beantragte deshalb dessen Freisprechung, auf welche der Gerichtshof auch erkannte.

Eine Dienstherrin, welche ihre verschiedenen Dienstmädchen bestohlen hat, stand in der Person der Ehefrau des Ingenieurs Wesberg vor den Schranken der fünften Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Zuvörderst ging aus der Beweisaufnahme hervor, daß die Angeklagte schon seit sehr langer Zeit mit ihren Dienstboten in den denkbar kürzesten Zeiträumen gewechselt hat. Manche Mädchen waren nicht länger als 12 Stunden bei der Angeklagten, in den günstigsten Fällen dauerte der Dienst einige Wochen. Am 2. April v. J. war bei Frau W. die unverehelichte Louise Fünfstück zugezogen, und schon am andern Morgen hatte sie den Dienst wieder verlassen. Den am Abend vorher mitgebrachten Reisekorb hatte die Louise F. bei Frau L. stehen lassen. Als sie denselben einige Tage später von dort abholte, vermißte sie daraus diverse Kleidungsstücke. Auf die bei der Polizeibehörde erstattete Anzeige macht Frau W. allerhand auffallende Einwände, welche den vernehmenden Kriminal-Kommissar Kuntzen veranlaßten, nach dem Verbleib der Vorgängerin der Fünfstück zu recherchiren. Vier derselben beklagten sich merkwürdiger Weise ebenfalls über das Verschwinden einzelner Gegenstände beim Fortzuge aus dem Dienst der Angeklagten. Bei der bei derselben vorgenommenen Haussuchung wurden auch verschiedene von den vermißten Sachen aufgefunden. Jetzt trat die überführte Angeklagte mit der Behauptung hervor, daß sie die betreffenden Gegenstände theils gefunden, theils retenirt habe. Das Schöffengericht nahm nur Unterschlagung an und verurtheilte die Angeklagte zu 300 M. ev. 30 Tagen Gefängniß. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung verurtheilte die Strafkammer die Angeklagte wegen Diebstahls in drei Fällen zu einer Gesammtstrafe von einer Woche Gefängniß.

... kann nach einem Urtheile des Reichsgerichts, IV. Strafsenats, vom 4. Dezember 1885 als eine Beleidigung des verantwortlichen Redakteurs, wenn er zugleich leitender den Geist der Zeitung bestimmender Redakteur ist, betrachtet werden, und eintretenden Falles ist der verantwortliche und leitende Redakteur zur Stellung des Strafantrages berechtigt. Richtet sich die Beschimpfung gegen einen bestimmten Zeitungsartikel, so fehlt dem leitenden Redakteur das Recht zur Stellung des Strafantrages, wenn er in keiner ursächlichen Beziehung zur Aufnahme gerade dieses Artikels gestanden hat.

Vereine und Versammlungen.

* **Die große Volksversammlung,** welche am Montag, den 7. d. M., in Habel's Brauerei, Bergmannstraße, stattfand, war ungemein zahlreich besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilte der Vorsitzende mit, daß an Stelle des Herrn Reichstagsabgeordneten Singer der Herr Reichstagsabgeordnete Pfannkuch das Referat über „das Branntweinmonopol" übernommen habe. Nachdem der Herr Referent etwa 15 Minuten gesprochen, mußte die Versammlung wegen steigender Ueberfüllung des Saales auf 10 Minuten vertagt werden. Nachdem sämmtliche Tische aus dem Saale entfernt waren, konnte nunmehr der Herr Referent in seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag fortfahren. Redner erklärte, daß das Branntweinmonopol für die Kleinindustriellen und hauptsächlich für die große Masse des arbeitenden Volkes nicht gerechtfertigt, sondern zu verwerfen sei. Die durch das Monopol entstehende Vertheuerung, würde wiederum der kleine Mann zu tragen haben, wogegen dem Großschnapsbrenner ein bedeutender Mehrverdienst in die Tasche fließen würde. — Für den klaren und schneidigen Vortrag erntete der Referent auch am Schlusse desselben stürmischen Beifall. Da sich auf wiederholtes Anfragen des Vorsitzenden kein Gegner zum Wort meldete, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: I. „Die heutige große Volksversammlung in Habel's Brauerei erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten über das Branntwein-Monopol ganz einverstanden, indem sie anerkennt: A. Daß durch Einführung des Branntweinmonopols die Kleinindustriellen in dieser Branche geschädigt und dadurch dem Ruin entgegen gehen. B. Daß der Konsument (die große Mehrheit des Volkes) am meisten geschädigt wird, indem durch Einführung des Monopols dieser Konsumartikel bedeutend vertheuert wird und diese Vertheuerung nur das Volk zu tragen hat. II. Wird in der Versammlung anerkannt: A. Daß jede Steuer, welche indirekt ist, nur auf den Konsumenten lastet hier als eine Lizenzsteuer angesehen wird, und verwerflich ist. B. Es wird anerkannt, daß das Monopol auf den Ausschank von Schnaps und den Kleinhandel mit geistigen Getränken, die Großgrundbesitzer und Großschnapsbrenner entlastet und die Kleingewerbetreibenden noch mehr belastet. Aus diesen angeführten Gründen erkennt die Versammlung: daß das Branntweinmonopol verwerflich ist, und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, einen energischen Protest dagegen zu erheben. Nachdem der Referent zum Schluß noch mehrere Erläuterungen zur Monopolfrage gegeben und einige Bemerkungen über seine Vergangenheit und Thätigkeit in der Arbeiterbewegung gethan, schloß der Vorsitzende die so würdevoll verlaufene Versammlung. Unter Hochrufen auf Herrn Pfannkuch und die Sozialdemokratie verließen die Versammelten den Saal.

* **Kranken- und Begräbnißkasse der Berliner Gürtler und Bronzeure** (E. H. Nr. 60). Sonntag, den 14. Februar, Vormittags 10 Uhr, im großen Saale von „Sanssouci", Kottbuserstr. 4a, ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl des gesammten Vorstandes und der Ausschußmitglieder. — Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen. Als Legitimation muß das Quittungsbuch am Eingange vorgezeigt werden. Ohne Quittungsbuch kein Einlaß. (Siehe Inserat am Donnerstag.)

* **Louisenstädtischer Bezirksverein „Vorwärts."** In der letzten Vereinsversammlung hielt Herr Professor Dr. Petri einen Vortrag über „die Entwässerungsanlagen in Marienfelde". Referent legte klar, wie gerade diese Anlagen im Stande wären, eine große Steuererleichterung der Bevölkerung zu bewirken; deshalb sei es Pflicht der städtischen Verwaltung Berlins, sich ernstlich mit dieser Sache zu beschäftigen. Schon bei Ankauf des Gutes Hellersdorf habe man so recht die Antipathie der städtischen Verwaltung gegenüber der Anlage wahrgenommen. Die Herren, welche nicht zur liberalen Partei im rothen Hause gehören, wurden als dieselben sich wohlwollend gegenüber der Anlage aussprachen, niedergeschrien. Die Anlage selbst sei im Stande, 4 Mal täglich eine Reinigung vorzunehmen und können demnach ca. 4 000 000 Liter Jauche pro Tag gereinigt werden, und sei hierzu ein bedeutend kleinerer Raum nothwendig, als bei den Rieselfeldern. Die Anlagen selbst könnten mitten in der Stadt ohne Störung angebracht werden. Auch der gelieferte Dung sei ein ausgezeichneter, die chemischen Untersuchungen hätten dies zur Genüge bewiesen. An der Diskussion betheiligten sich mehrere Redner, um dem Vortragenden ihre Zustimmung auszudrücken. Ein Herr Gerich, welcher selbst Untersuchungen angestellt hat, meinte, es sei kein Zweifel, daß diese Anlagen doch einmal eingeführt werden müßten und stellte dies als sehr empfehlenswerth hin. Die Männer der Wissenschaft sollten einmal unparteiisch handeln, dann würden sie einsehen, wie nothwendig eine derartige Einrichtung sei und welche ungeheuren Geldsummen dadurch gespart werden könnten. Die nächste Versammlung findet am Mittwoch, den 17. dieses Monats in demselben Lokale statt.

* hfs. **Eine große Generalversammlung der Berliner Zimmerleute**, welche die weiten Räume des Konzerthauses „Sanssouci" vollständig füllte, tagte am Sonntag Vormittag unter Vorsitz des Herrn Seitz. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung sprach der Reichstagsabgeordnete Frohme in einem etwa einstündigen, mit außerordentlichem Beifall aufgenommenen Vortrage über Nothwendigkeit und Bedeutung gesetzlichen Arbeiterschutzes, in welchem er nach eingehender Motivirung des dem Reichstage vorliegenden Arbeiterschutzgesetz-Entwurfes der sozialdemokratischen Fraktion die Arbeiter aufforderte, hinter ihren Vertretern im Reichstage zu stehen und energisch für die Einführung resp. Annahme des Arbeiterschutzgesetzes einzutreten. Die Versammlung nahm hierauf unter Verzicht auf jede Diskussion einstimmig die nachstehende Resolution an: „Die heutige Generalversammlung der Berliner Zimmerleute erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Reichstagsabgeordneten Frohme voll und ganz einverstanden. Ferner spricht sie die Hoffnung und Erwartung aus, daß der deutsche Reichstag dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutzgesetz-Antrage, welcher geeignet ist, die Noth der arbeitenden Bevölkerung und den auf derselben lastenden Druck zu mildern, seine Zustimmung ertheilen werde. Zu den gewählten Vertretern der Arbeiterpartei im Reichstage hegt sie die zuversichtliche Ueberzeugung, daß dieselben für die Annahme des Arbeiterschutzgesetzes mit aller Energie eintreten werden." Hierauf erstattete der Kassirer für den Generalfonds, Herr Menzel, den Bericht über Einnahmen und Ausgaben desselben vom Juli bis ult. Dezember 1885. Hiernach wurden auf 173 Werkplätzen 6000 M. freiwillige Beiträge (à 20 Pfg. wöchentlich) zum Generalfonds gezahlt; von den hier vorhandenen 301 Plätzen sind bis jetzt noch 128 an den Beitragszahlungen nicht betheiligt. Die Versammlung ertheilte Herrn Menzel Decharge. Eingegangene Anträge auf Erhöhung der Beisteuer zum Fonds wurden theils bis auf Weiteres vertagt und theilweise abgelehnt. Den 14 streikenden Korbmachern bewilligte die Versammlung 50 M. Unterstützung aus dem

kannte entgegenkommende Versammlung der Baugeschäftsinhaber bei Buggenhagen. In der Diskussion sprach man sich allenthalben dafür aus, vorläufig eine abwartende Stellung zu beobachten. Schließlich theilte der Vorsitzende mit, daß am 14. d. Mts., eine Versammlung der Zimmerleute des Ostens von Berlin behufs Gründung eines neuen östlichen Berliner Lokalverbandes stattfindet.

* **Die Gewerkschaft der Metallarbeiter Berlins** hielt am Sonntag, den 7. d. M., im „Weddingpark", Müllerstraße 178 eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Christensen einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Volkswirthschaft" hielt. Redner gab einen interessanten Einblick in die wirthschaftlichen Verhältnisse des vorigen Jahrhunderts, er wies nach, daß durch die Erfindung der Maschine das mobile Kapital den bis dahin dominirenden Grundbesitz und der Geistlichkeit den Vorrang streitig machte, das damalige feudale Königthum stürzte, aber ein Proletariat schuf, welches jetzt noch fortwährend in stetem Wachsthum begriffen ist. Er wies an der Hand drastischer Beispiele treffend nach, daß der gepriesene Antrag Ackermann mit dem famosen Befähigungsnachweise in Wirklichkeit keinen Nutzen, sondern großen Schaden für das Handwerk im Gefolge habe. In der lebhaften Diskussion theilte Herr Gutheit mit, daß die Schwartzkopff'sche Maschinenfabrik einen Ukas in der Fabrik angeschlagen habe, wonach sie trotz der Lohnabzüge von 10 pCt. immer noch mit Verlust arbeite. Trotzdem im Jahre 1884/85 ein Reingewinn von 1 915 000 M. erzielt wurde, zog man den Arbeitern noch 15 pCt. ab. Angesichts dieser Thatsachen, meint Redner, gehöre eine große Portion Dreistigkeit dazu, wenn man behaupte, die Firma arbeite mit Verlust. Nachdem Herr Klein noch das „Berliner Volksblatt" und die „Metallarbeiter-Zeitung" als Arbeiter-Organe empfohlen hatte, wurde ein Antrag des Herrn Caspritz, für die streikenden Handschuhmacher und Lederzurichter eine Tellersammlung zu veranstalten, angenommen. Mit einem Hoch auf das Gedeihen der Gewerkschaft schloß der Vorsitzende die Versammlung um 1¼ Uhr.

* **Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse für Frauen und Mädchen** (E. H.) hielt am Sonntag Nachmittag in dem oberen Saale der Gratweil'schen Bierhallen eine Hauptversammlung der hiesigen Mitglieder ab, welche sich mit der Wahl der Delegirten zur Generalversammlung der Kasse, die bekanntlich am 21. d. M. in Berlin stattfindet, und mit Anträgen auf Statutenberathung beschäftigte. Als Delegirte der hiesigen Mitglieder wurden gewählt: Frl. Jagert, Frl. Grak, Frau Jost, Frau Schulz, Frau Eule, Frau Leibing und Frau Marie Schneider. Für auswärtige Verwaltungsstellen wurden gewählt: Frl. Kratz und Frl. Nix. Als Beiräthe für Berlin die Herren Bielefeld, Schießl und Jost. Für Auswärts: Schneider Kreutz und Freudenreich. Es wurde bekannt gemacht, daß am Mittwoch, den 10. d. M., Abends punkt 8 Uhr, die Vorstandssitzung Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 7 stattfindet. Die Zahlstellen befinden sich bei Frau Grothmann, Wolgasterstr. 8; Frau Schneider, Blumenstr. 29; Frau Schneider, Naunynstr. 60; Frau Strauß, Mehnerstr. 6; Herr Schießl, Wasserthorstr. 69, und beim Vorsitzenden Herrn Bielefeld, Gitschinerstr. 94. Krankenmeldungen dürfen nur bei letzterem stattfinden.

* th. **Die hiesige Tischlerinnung** hatte vor kurzem eine Kommission von 15 Mitgliedern gewählt behufs Aufstellung eines Lohntarifs für die Mitglieder, sowie den Beschluß gefaßt, dahin zu wirken, daß die Polirarbeiten künftig, um der Ueberproduktion im Tischlergewerbe etwas zu steuern, von den Tischlergesellen selber ausgeführt werden sollen. Behufs Stellungnahme zu diesen, die Möbelpolirer, deren Zahl auf ca. 900 geschätzt wird, unmöglich machenden Beschlüssen fand am 8. d. M. eine öffentliche Versammlung der Möbelpolirer statt. Die Versammlung beschloß nach kurzer Diskussion, über die Beschlüsse der Tischlerinnung zur Tagesordnung überzugehen. — An dem-essen der Tischler Stellung gegen die Petition des deutschen Tischler-Innungs-Bundes unter Leitung des Herrn Brandes.

Die Vereinigung der Lederzurichter und Lohgerber hielt am Sonntag, den 7. d. M., eine Versammlung ab, in welcher der Streik in der Roßlederfabrik von A. Seegall, Jüdenstraße 37, für beendet erklärt wurde; derselbe ist, wie mitgetheilt wurde, zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen, da die von denselben gestellten Bedingungen größtentheils anerkannt wurden. Der Vorsitzende Herr Busse wies auf die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der Vereinigung hin, dieselbe habe, — so jung sie auch noch sei, — mit Hilfe anderer Gewerkschaften die ungerechte Forderung eines Arbeitgebers energisch zurückgewiesen. Dem hierauf folgenden Vortrage des Herrn Böttcher folgte die Versammlung mit größter Aufmerksamkeit. — Es ist erfreulich, daß auch die Arbeiter dieses Gewerks jetzt aus ihrer Lethargie erweckt sind und sich zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen organisiren. Wir wünschen der Vereinigung den besten Erfolg. Eine in der Versammlung veranstaltete Tellersammlung zum Besten der streikenden Handschuhmacher ergab die Summe von 17 M. 50 Pf.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Ortsverwaltung Berlin C.) (Hallescher Thor-Bezirk.) Mittwoch, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, Teltowerstr. 3 bei Rothacker, Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1885. 2. Wahl von Krankenkontroleuren. 3. Verschiedenes. — Sonnabend, den 20. Februar, findet in Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5—7, ein Wiener Maskenball statt. Der Ueberschuß ist für den Invalidenfonds bestimmt. Billets à 50 Pf. sind Bergmannstr. 11 III. bei Strehler, Bergmannstr. 14 Hof IV. bei Ertel, Johanniterstr. 10 Hof III. bei Böhm, ferner auf den Zahlstellen und in der Versammlung zu haben.

hr. **Der Fachverein der Steinmetze** berieth am Sonntag bei Ahlgrimm (Sophienstr.) über den neuen Lohntarif, den die Lohnkommission mit den Meistern vereinbart hat. In Betreff der Sonntagsarbeit wird in dem neuen Tarif die Forderung, daß dieselbe in der Regel nicht stattfinden soll, anerkannt; es sollen aber Ausnahmen nach Vereinbarung zwischen Meistern und Gesellen nicht ausgeschlossen sein. Der Tagelohn ist von 4,50 auf 5 M. erhöht. In entsprechendem Verhältnisse sind die Positionen für Akkordarbeiten erhöht. Der neue Tarif wurde fast unverändert angenommen. Als Termin für die Einführung des Tarifs wurde der 1. Mai d. J. festgesetzt. — Darauf verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Vorstandes des Vereins der Bildhauer, in welchem dieser Beschwerde darüber führt, daß Herr Worm, Mitglied der Lohnkommission der Steinmetze, auf dem Steinmetzplatz Meyer u. Kopp (Inhaber Kindermann) Bildhauerarbeit, die wegen zu niedrigen Akkordlohns von Kollegen niedergelegt worden war, für einen bedeutend niedrigeren Lohn, als die Kollegen gefordert hatten, übernommen hat. Herr Worms führt zu seiner Entschuldigung an, daß er die Arbeit, welche jene Kollegen niedergelegt, weil sie nur 70 M. bekommen sollten, für 80 M. übernommen. Die anwesenden Bildhauer machten gegen Herrn W. geltend, daß derselbe gewußt habe, daß die Kollegen für die Arbeit 100 M. gefordert hatten. Nach langen Debatten wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Versammlung die Handlungsweise des Herrn Worm für unsolidarisch erklärt und sich verpflichtet, bei etwaigen Vorkommnissen mit aller Energie gegen derartige Mitglieder vorzugehen. Der Antrag, Herrn Worm aus der Mitgliederliste der Lohnkommission zu streichen, wurde mit 59 gegen 22 Stimmen angenommen. Nach Erledigung interner Vereinsangelegenheiten wurde einem Kollegen, der infolge seines energischen Eintretens für die Interessen des Fachvereins arbeitslos geworden, eine Unterstützung im Betrage von 50 M. zuerkannt.

Verein für Technik und Gewerbe, Mittelstraße 65. Jeden Mittwoch, Abends 8½ Uhr, Vortrag. Gäste willkommen.

Donnerstag, 11. Februar, Abends 8½ Uhr, in den „…hallen", Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: 1. Die …theile und Nachtheile der Schwurgerichte. Referent: Rechtsanwalt Volkmar. 2. Vereinsangelegenheiten.

In Rathenow wurde eine Versammlung des Fach… der optischen Arbeiter, die zum Sonnabend einberufen … polizeilich verboten.

Kleine Mittheilungen.

* **Weißenfels**, den 8. Februar. Am Sonntag, …mittags 3 Uhr, fand hier ein großartiges Leichenbeg… unter Betheiligung der ganzen Bevölkerung von Wei… und Umgegend statt, wie es hier seit Menschendenken noch … vorgekommen ist. Schon von früh wogte eine un… Menschenmenge durch die Straßen, überall sah man F… welche theils aus Neugierde, zum größten Theil aber … gekommen waren, um den im Frühjahr 1884 aus Berlin … gewiesenen Freund Richard Kunow die letzte Ehre … Geleit zu geben. Der Zug selbst nahm seine Aufstellung … einem größeren Restaurant, um von hier geordnet dem T… hause zuzumarschiren. Im Trauerhause selbst wurden … Ansprachen gehalten. Von hier setzte sich der Zug unter Klängen eines Trauermarsches nach dem Friedhofe in …wegung. Zuerst kam ein Musikkorps von 20 Mann, … von Palmenträgern, dann kam der mit unendlichen … und Bändern geschmückte Sarg; es war wohl keine … welche nicht mit Blumen und Bändern bedeckt war. … schien die Mutter des Verstorbenen aus Berlin und Frauen aus Weißenfels mit den kostbarsten Kränzen … Blumen; dann folgten die Delegirten verschiedener … unter ihnen Berlin, vertreten durch die Bezirksvereine „… und Südost, die Gewerkschaft der Metallarbeiter, der … der Former, dann weiter die Städte Erfurt, Halle, Zeitz, …burg, Leipzig, Gera, Apolda, Naumburg, Teuchern, … (Sachsen), Hohenmölsen, Grauschütz, Streckau, Trebnitz … Hinterher Trauernde aus der Bevölkerung von … Am Grabe angekommen, wurde der Sarg der Erde über… wobei die Leidtragenden auswärtiger Vereinigungen im … dieser Kränze und Blumen mit einigen kurzen Anspra… derlegten. So bemerkte man Kränze der sozialdemo… Fraktion des Reichstages, der Sozialdemokraten Berl… Arbeiter-Bezirksvereine Berlins, der Metallarbeiter, … und Former, ferner Kränze aus Halle, Zeitz, Erfurt, …rane u. s. w. Die Kränze und Blumen füllten … die Gruft. Im Uebrigen vollzog sich die Bestattung … Ruhe und ohne jede Störung.

Briefkasten der Redaktion.

W. J. Nr. 21. Bestellen Sie die Arbeit … soliden Tischler, auf Lager werden Sie diesen Ar… finden.

G. E. Dresdenerstraße. Die Forderung eines …wirthes für auf Borg gelieferte Speisen und Getränke … in zwei Jahren; die Frist beginnt mit dem 31. Dezember …jenigen Jahres, in welchem die Speisen 2c. geliefert … sind. Durch jedes auch nur mündliche Anerkenntniß … durch Leistung von Theilzahlungen wird aber die Ver… unterbrochen, und von der Unterbrechung an beginnt … Verjährung.

J. S., Ackerstr. Wenn Sie aus der Ortskasse au… wollen, müssen Sie dies dem Vorstand ein Viertel… Schluß des Rechnungsjahres anzeigen, dann nur kön… beim Jahresschluß austreten, auch haben Sie nach… daß Sie Mitglied einer anderen, den gesetzlichen Bestim… entsprechenden Kasse sind.

Vereinigung der Lederzurichter 2c. Sie dürfen Versammlungsberichte künftig nur auf einer Seite des … beschreiben.

Theater.

Mittwoch, den 8. Februar.

Opernhaus. Der Trompeter von Säkkingen. Oper in 4 Akten nebst einem Vorspiel. Mit theilweiser Benutzung der Idee und einiger Lieder aus J. V. v. Scheffel's Dichtung von R. Bunge. Musik von V. E. Neßler. Ballet von Charles Guillemin.
Schauspielhaus. Treu dem Herrn, Schauspiel in 4 Akten, nach einer Erzählung von Friederike Lohmann, von Richard Voß.
Deutsches Theater. Der Probepfeil.
Wallner-Theater. Sammet und Seide, Lustspiel in 4 Akten von Oskar Blumenthal.
Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Belle-Alliance-Theater. Orpheus in der Unterwelt. Burleske Oper in 4 Bildern von Offenbach.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Zigeunerbaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Mamsell Angot, Operette in 3 Akten von Clairville, Siraudin und Koning.
Louisenstädtisches Theater Abracadabra.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Viktoria-Theater. Däumling.
Ostend-Theater. Hand und Herz. Trauerspiel in 5 Akten von F. Anzengruber.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.
Wallnertheaterstraße 15.
Heute und folgende Tage:
Madame Potiphar.
Charaktergemälde mit Gesang in 6 Bildern von H. Charles Duchow. Musik von L. Brandt.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7¾ Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7½ Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Zum ersten Male: Das südliche Frankreich. Eine Wanderung durch Holland. Hertha-Reise. Karolinen-Inseln 2c. Eine Reise 25 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonnements.

Frdl. Schlafst f. H. Großbeerenstr 21, III. r. [672

Die
Buchdruckerei von Max Bading
Berlin SW., Beuth-Strasse 2
empfiehlt sich zur
Anfertigung von Druck-Arbeiten
jeden Genres
bei prompter und solider Bedienung.
Kosten-Anschläge und Muster werden auf Wunsch gern übersandt.

August Herold
Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.
Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.
Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung. 490

Selbstunterricht
in der einfachen und doppelten kaufmännischen
Buchführung
und Darstellung eines **neuen abgekürzten Systems** zur doppelten Buchmethode von **C. Schmidt**, Lehrer der Handelswissenschaft.
Preis 1 M. 50 Pf.
Zu beziehen d. d. Exped. d. **„Berliner Volksblatt"**, Berlin, Zimmerstraße 44

Arbeitsmarkt
Einen tüchtigen Korbmachergesellen auf Gemalt verl. E. Voigt, Gitschinerstr. 91.
Einen Tischlergesellen auf Rohrlehnstühle verl. Blumenthalstr. 23 in Friedrichsberg. [663

Masken-Garderobe
Fr. Alberts, Reichenbergerstraße 164,
Ecke der Mariannenstraße. [603
Elegante Kostüme. Billige Preise.
Vereine Ermäßigung.

G. Richter's Restaurant,
Kottbuserstraße 2,
empfiehlt der geehrten Nachbarschaft seine Lokalitäten zum geneigten Besuch. Sonntags und Mittwochs Frei-Konzert. Ausschank von Weiß- und Bairisch Bier, Speisen à la carte zu billigen Preisen.
Zu gleicher Zeit empfehle ich meinen Saal den geehrten Vereinen zur Abhaltung von Festlichkeiten, Versammlungen u. s. w. Vereinszimmer mit und ohne Pianino, zu 25—30 Personen, geeignet für Rauchklubs oder Gesangvereine, 5½ Meter hoch. Um geneigten Zuspruch bittet 490
Achtungsvoll **Georg Richter.**

Zentral-Kranken- u. Sterbe…
der Maler
und verw. Berufsgenossen (E. …
Da die 4 Filialen Nord, Ost, … West mit dem 14. Februar (Sonntag) … tion treten, so ist es nothwendig, daß … liche Mitglieder der Kasse sich so … möglich im alten Kassenlokale, Alte … Nr. 83, abmelden. Daselbst wird … gliede bekannt gegeben, wo es sich in … betreffs Beitragzahlung und Unter… hebung hinzuwenden hat. Gleichzeitig … die Bevollmächtigten und Kassirer … Sonnabend, den 13. Februar, Abends … Alte Jakobstr. 83 zu erscheinen, um die … Utensilien in Empfang zu nehmen.

Elegante **Masken-Garder…**
C. Tietz, Dresdenerstra…
Geschmackvolle Kostüme von 1 bis 30 …
Vereine besondere Begünstigung…

Wo speisen … der alten Pom… Küche b. Kl… Oranienstr. 1… Gedieg. … m. Bier 50 Pf. … in gr. Auswahl … an. Angeneh… enthalt mit B…

Elegante Masken-Garderoben … und Damen in großer Auswahl zu … Preisen. Vereine Preisermäßigung.
P. Cordt, Reichenbergerstr. …

Die am 31. Dezember vom **Bran…**
leicht beschädigt. Herren-Garderob… werden fortges. enorm **billig** ausver… **Winter- u. Sommer-Paletots** 5 … **Beinkleider** von 3 Mark, Einsegn… Anzüge 10 Mark 2c.
L. Prinz,
Prinzenstr. 41, neben **Rudolf …**
Verkaufsstelle: **Flur rechts.**

Große Auswahl in
Masken-Garderob…
zu billigsten Preisen. Anzüge schon von 1 …
R. Klose, Reichenbergerstr.

Hoch! W. Schilk sen.
Daß Du erlebst noch manches Jahr,
Dies wünschet Deiner Gäste Schaar.
Im fernern wollen wir noch hoffen,
Sei dies Jahr nicht so oft be… …
P. S. H. u. …
669

Verantwortlicher Redakteur … in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2